

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 3.50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Koloniel-  
 zette oder deren Raum 40 Pfg., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie  
 Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die  
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 28. Januar 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Die Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz.

II.

Wir bestreiten nicht, daß — wenn man eine wesentliche Besserstellung beider Rentnerklassen in üblicher Anknüpfung nicht zugestehen will — das Gesetz in erster Linie als Invalidenversicherung des Ausbaues bedarf, daß alsdann also alle verfügbaren Mittel zunächst zur Besserung des Loses der „Erwerbsunfähigen“ zu verwenden sind. Ist der Kreis von 60 oder 70 Jahren erwerbsunfähig im Sinne des Gesetzes, so kommt diese Reform ihm so gut wie jedem Anderen auch zugute. Ist er jedoch trotz seiner hohen Jahre noch erwerbsfähig, so kann er nicht beanspruchen, daß Mittel für ihn verbraucht werden zum Schaden Derer, die, um mit dem bisherigen Gesetze zu reden:

infolge ihres körperlichen oder geistigen Zustandes nicht mehr im Stande sind, durch eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit mindestens einen Betrag zu verdienen, welcher gleichkommt der Summe eines Sechstels des Durchschnitts der Lohnsätze... der letzten fünf Beitragsjahre, und eines Sechstels des... ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagelöhner.

Die schreiende Unbilligkeit und Härte gerade dieser Bestimmung war von Anfang an klar. Die sozialdemokratische Fraktion hatte daher auch 1889 schon die Anschauung verfolgt, daß Erwerbsunfähigkeit unbedingt schon dann vorliege, wenn jemand nicht mehr im Stande ist, die Hälfte dessen zu verdienen, was er sonst im Durchschnitt von drei Jahren zu verdienen gewohnt war. Zu diesem Schritt, der übrigens sogar in dem bekannten Antrag Börs und Genossen seitens der konservativen Bündler empfohlen wurde, kann sich dieselbe Regierung, der für das Militär kein Opfer zu groß ist, noch immer nicht entschließen. Der Bundesrat schlägt deshalb vor, zwar von einer Vermessung der Invaliditätsgrenze nach dem, besonders für die Arbeiter der Großindustrie ungünstigen „ortsüblichen Tagelohn“ abzusehen, vielmehr den Versicherten, dessen Erwerbsunfähigkeit festzustellen ist, in Vergleich zu setzen zu einem „körperlich und geistig gefunden Lohnarbeiter derselben Art“. Dann heißt es jedoch weiter:

Dauernde Erwerbsunfähigkeit liegt dann insoweit vor, als der Rentenbewerber nicht mehr im Stande ist, durch eine seiner Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit, die ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Vorbildung und bisherigen Verwerflichkeit zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Lohnarbeiter derselben Art in derselben Gegend durch Lohnarbeit zu verdienen pflegen.

Es wird dabei nicht von einem abstrakten Normalarbeiter, der sich praktisch kaum finden ließe, ausgegangen, sondern von einem Versicherten, der im Wesentlichen die gleichen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt, welche der Rentenbewerber nach menschlicher Voraussicht haben würde, wenn er sich im Vollbesitze seiner geistigen und körperlichen Gesundheit befände. (Motiv.)

Eine Verbesserung gegen den heutigen Zustand ist das zwar immer noch, indes entspricht es den berechtigten Mindestforderungen der Beteiligten noch lange nicht.

Diese Reform-Baghaftigkeit weicht natürlich sofort von der Regierung, wenn es sich um ein Anliegen der Agrarier und um die Interessen der ländlichen Distrikte handelt. Hatte der Vötkerische Entwurf, um den nothleidenden Anstalten Ostpreußens, Pommerns und Niederbayerns auf die Beine zu helfen, die Hälfte der Rentenbelastung auf sämtliche Versicherungsanstalten nach dem Maßstabe des Vermögens umlegen wollen, so scheidet der jetzige Vorschlag einfach sämtliche Altersrenten und sämtliche Grundbeträge der Invalidenrenten als Gemeinlast aus und weist nur die noch übrigen Verpflichtungen jeder Versicherungsanstalt als deren Sonderlast zu. Da die Grundbeträge im Verhältnis zu den Steigerungspätzen erhöht werden sollen, so gewinnt diese Bestimmung eine noch viel größere Tragweite, als es unter den bisherigen Voraussetzungen der Fall sein würde.

Nun ist zweifellos zugestehen, und auch früher widerstrebende Kreise haben das mehr und mehr anerkennen müssen, daß eine Erleichterung der ländlichen Distrikte geboten ist, so weit diese Bezirke benachtheiligt sind durch ihre andere Altersgruppierung, durch ihre im Verhältnis zu den Beitragsverpflichteten größere Menge der Rentner und demnachstigen Rentenamwärtter. Gegen ein stärkeres Hervorheben der Gemeinlast gegenüber den Sonderleistungen der einzelnen Anstalten wird unsere Partei, die so oft eine zentralisirte Reichsanstalt befürwortet hat, grundsätzlich nichts einwenden können. Gefährlich ist nur der Zwitzerszustand, daß die agrarischen Anstalts-Verwaltungen ziemlich unumschränkt schalten und walten können, wenn sie die Beitragshebung vernachlässigen und Renten im Uebermaß, nicht zum Vortheil der Versicherten, sondern zum Lohnruck und zur Entlastung der Armenkasse bewilligen. Geschieht das in Zukunft weiter, so wird nach Einführung der „Gemeinlast“ der Gerechtigkeit geradezu Hohn gesprochen; man schleibt der Industrie zu, was gewissenlose und lässige Grundbesitzer und Gemeinden zu hinterziehen und von sich abzuwälzen wissen. War es doch die ostpreussische Versicherungsanstalt selber, die bittere Klage darüber führte, daß sie Renten zahlen müsse, wo eigentlich die Gemeinden unterstützungspflichtig wären. Das Markenleben wird in jeder denkbaren Weise umgangen. Arbeitgeber kaufen sogar, wie im Deutschen Landwirtschaftsrathe zugestanden wurde,

von den zurückwandernden russischen Arbeitern die alten Marken aus deren Karten billig auf, um sie wieder zu verwenden und so die Versicherungsanstalt um ihre normale Einnahme zu bringen. Mit solchen Bezirken wird niemand gern gemeinsamen Haushalt führen.

Vollends möchten wir Protest einlegen gegen die Bestimmung, daß „Ausländer, welchen der Aufenthalt im Inlande nur für eine bestimmte Dauer behördlich gestattet ist und die nach Ablauf dieser Zeit in das Ausland zurückkehren müssen, der Versicherungspflicht nicht unterliegen.“ Gerade weil die ostelbischen Großgrundbesitzer so sehr gegen die Versicherungsbeiträge eingenommen sind, halten wir den Erlaß dieser Beiträge für einen gefährlichen Anreiz, die heimischen Arbeitskräfte noch mehr, als es bisher schon geschieht, durch fremde zu ersetzen. Wir stimmen hier vollständig den Ausführungen bei, die Wolkenbuhr als unser Fraktionsredner beim Vötkerischen Entwurf machte:

Man soll doch, da man bei der Beschäftigung der Arbeiter im Allgemeinen keinen Unterschied in der Rationalität macht, auch gleiche Rechte gewähren, jeder Ausländer müßte die gleichen Pflichten haben wie der Inländer. Kehrt der Ausländer in seine Heimath zurück, ohne in den Genuss von Rechten durch die Versicherung gekommen zu sein, so hat er allerdings seine Beiträge verloren. Er ist aber gleichgestellt mit jedem Inländer, der ins Ausland geht, bevor er in den Genuss von Rechten kommt; man kann den Ausländern keine Vorrechte einräumen, andererseits muß man ihm auch dieselben Pflichten auferlegen.

Wir sehen auch gar keinen Grund, gerade die Anstalten, deren schlechte Finanzen uns fortwährend vorgeführt werden, auch noch um die Beiträge für die russisch-polnischen Wander- und Saisonarbeiter zu bringen. Soweit eine Ungerechtigkeit gegen diese Arbeiter vorliegen sollte, ließe sich durch Beitrags-erstattungen im Sinne des § 30 Abhilfe schaffen. Aber eine Einbuhrprämie für fremde Arbeitskräfte zu gewähren, dafür sollten unsere „nationalen“ Wirtschaftspolitiker doch nicht zu haben sein.

Soviel über die Grundzüge des Entwurfes. Die Einzelheiten werden uns noch oft genug beschäftigen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Januar.

#### Aus dem Reich der Mitte.

Ein Wolff'sches Telegramm meldet „aus allen Theilen des Reiches“ Festessen, Flaggenzinn und sonstigen Prunk zu Kaisers Geburtstag. Und am Abend wird eine Illumination erwartet, wie sie „noch nicht da war“. In solchen Dingen bedarf es fortwährender Steigerung, und wenn es nicht jedes Jahr so ist, „wie nie zuvor“, dann ist es ein schlimmes Ding. Daß wir auf diesem Gebiet in Deutschland bedeutende Fortschritte gemacht haben, kann niemand leugnen, und in Europa sind wir wohl Numero Eins. Verglichen aber mit dem asiatischen „Reich der Mitte“, sind wir doch die reinsten Stümper. Und da fällt uns eine Anekdote ein, die der vorige Gesandte Englands in China erzählt. Derselbe besuchte zu Kaisers Geburtstag die Hauptstadt Peking in Begleitung eines Mandarin, der längere Jahre in Europa gewesen war. „Heute werden Sie sehen“, sagte ihm dieser mit Stolz, „daß wir Ihnen an Zivilisation überlegen sind. Ich war zum Geburtstag Ihrer Königin in London — da waren Fahnen ausgehängt und es war auch Illumination. Aber das war ja kläglich. Warten Sie nur.“ Und siehe da, als es dunkel wurde, flammte plötzlich die ganze Riesengrad in Buntlichtern auf. Ein einziges Feuermeer, in allen Farben erstrahlend — nicht ein Haus, nicht eine Hütte, die dunkel geblieben. Der Engländer staunte. „Gewiß, das habe ich noch nicht erlebt. Aber wie erklärt sich das?“ „O, nichts einfacher. Wer nicht illuminiert, bekommt die Bastonnade — und wenn er ein Beamter ist, wird er wegen mangelnder Ehrfurcht vor der Majestät gefoppt.“

Der englische Gesandte wunderte sich nicht länger über die Loyalität der chinesischen Bevölkerung.

Unsere Byzantiner werden aber mit Reid zugestehen müssen, daß wir in Deutschland noch weit, weit zurück sind, hinter dem asiatischen Schwesterreich der Mitte. Freilich was nicht ist, das kann noch werden. Wenn man erst einmal entdeckt hat, daß ein Hauswirth, der zu Kaisers Geburtstag nicht illuminiert, den Kaiser ebenso die Ehrfurcht verweigert, wie ein Sozialdemokrat, der bei einem Kaiserhoch nicht sich erhebt, dann wird auch hier zu Lande — bei hoffestlichen Gelegenheiten so prächtig und so allgemein illuminiert sein wie im Reich der Mitte.

#### 2600 Jahre Gefängniß.

Der „Rürnberger Anzeiger“ hat ausgerechnet, daß in den letzten zehn Jahren 2600 Jahre Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung von deutschen Richtern verhängt worden sind....

#### „Meinungsverschiedenheiten.“

Auch Herr Schweinburg, der Vertrauensmann des Finanzministeriums, findet, daß die deutsche Sprache eine grobe Sprache sei. Wir nannten gestern die Steuerhinterziehungen der Besitzenden Unterschlagungen, Schweinburg nennt sie in den „Berliner Politischen Nachrichten“ „Meinungsverschiedenheiten über die Steuerbarkeit“.

Aber warum grassiren diese Meinungsverschiedenheiten gerade bei den Besitzern der höchsten Einkommen? Nun sehr

einfach: weil die Leute, die schon durch die Höhe ihres Vermögens gezwungen sind, eine geordnete kaufmännische Finanzverwaltung zu führen, merkwürdigerweise viel weniger über ihre steuerlichen Pflichten unterrichtet sind, und viel leichter den unwissenschaftlichen Irrthümern ausgesetzt sind als die armen Teufel, die keine Ahnung von Buchführung und Vergleich haben. Es herrscht eben in den Kreisen von Bildung und Besitz — nach Schweinburg — eine märchenhafte Unschuld, eine steigende Unkenntniß der Gesetze und ein unglaublicher Hang zu Mißverständnissen!

Meinungsverschiedenheiten, nichts als Meinungsverschiedenheiten, wenn die Junker im Osten nur die Hälfte ihres Einkommens versteuern. Ein bloßer Zufall, daß sie sich just immer zu ihrem Vortheil irren, sonst müßte man vermuthen, daß sie aus Meinungsverschiedenheiten auch gelegentlich sich doppelt so hoch einschätzen, als sie verpflichtet sind. Die Besitzenden haben eben Glück mit ihren Meinungsverschiedenheiten.

Arme Leute betrügen, reiche irren sich; die niedrigen Stände stehlen, die höheren verwechseln die Gegenstände. Ungebildete morden, die Gebildeten duelliren sich... Herr Schweinburg sollte einmal ein Strafgesetzbuch für gebildete und besitzende Staatsbürger herausgeben, in dem die kriminalistischen Begriffe in seiner zarten und milden Weise umschrieben werden.

Aber Schweinburg verräth auch, warum die Unterschlagungen nur Meinungsverschiedenheiten sein können. Stolz ruft er aus:

Dieser Landtag war es, welcher mit dem König und der Regierung von Preußen zusammen das neue Einkommensteuer-Gesetz zu Stande brachte, durch welches erst ein Steuerlag von 4 pCt. für die größeren Einkommen eingeführt und der Satz für die weniger großen entsprechend geringer abgestuft wurde! Also dieselben Klassen, welche sich erst selbst durch ihre Vertreter im Parlament größere Steuerlasten aufgebürdet haben, weil sie von der Nichtigkeit des Grundgesetzes der Steuerabstufung nach der Leistungsfähigkeit überzeugt waren, sollten nunmehr prinzipiell darauf ausgehen, sich ihren Verpflichtungen gegenüber dem Staate zu entziehen?

Na, lumpig genug sind die 4 pCt. für die Millionäre. Aber es hat, wie Schweinburg sich wohl erinnert, Riquel viele Mühe gekostet, diese bescheidenen Zugeständnisse durchzusetzen, das feudale Herrenhaus lehnte ursprünglich jede Besteuerung der großen Einkommen über 3 pCt. ab, und über die Deklaration wird heute noch gemurmelt!

Aber wir begreifen, daß unser zahlennüchziger Nachweis, wor die eigentlichen Staatsfeinde sind, „gefessen“ hat.

#### Wiederherstellung der Tradition.

Der Kaiser hat nunmehr auch, gemäß der welfischen Ehrung, den kurhessischen und sachsenischen Regimentern gestattet, an die Traditionen vor der Amerion wieder anzuknüpfen: Allerdings geht die Zurückdatirung nicht bis zu den Tagen von Jena. Es heißt in dem Reskript:

„Ich will meinem Herzenswunsche, den Ueberlieferungen großer Vergangenheit in meinem Heere eine Stätte liebevoller Pflege zu bereiten, dadurch ein Genüge leisten, daß ich diejenigen preussischen Truppenteile, welche im Jahre 1806 heffische oder sachsenische Stämme in sich aufgenommen haben, zu Trägern deren Geschichte bestimme.“

Ist es auch nicht angängig, die heffischen Regimenter, welche den Ereignissen des Jahres 1806 erlegen sind, als in denjenigen Truppenteilen fortbestehend anzuerkennen, die erst nach Vernichtung der Fremdherrschaft wieder aufgestellt sind, so weit ich doch, daß auch deren Thaten in den Regimentern meines tapferen XI. Armeekorps unvergessen bleiben und in ihnen bis in die fernste Zukunft vorbildlich wirken werden.

Diese Ausdehnung der Traditions-Erlasse beweist die Richtigkeit unserer Anschauung, daß man in dem Welfen-Erbe nicht das Symptom einer Verführung mit dem gestürzten Königsgelecht zu sehen hat.

Es fehlt nur noch die Wiederaufnahme der unterbrochenen Traditionen in den dänischen, polnischen und reichsländischen Gebietsheilen.

#### Deutsches Reich.

##### Magdeburger Polizei.

Man schreibt uns aus Magdeburg: Daß die Polizei in Magdeburg das Bestreben hat, alle Personen kennen zu lernen, die in irgend einer Weise die anarchischen Unternehmungen unterstützen, geht daraus hervor, daß am Mittwoch Abend nach Schluß der öffentlichen, von anarchistischer Seite einberufenen Versammlung nur die Personen notirt wurden, deren Personalien noch nicht in den Polizei-Acten vorhanden waren. Die Polizei begnügte sich nicht mit den Namen und Wohnorten, forschte vielmehr auch den Geburtsort der Versammlungsbefucher aus. Zur Verwirklichung dieser Aktion waren vor dem Volke etwa acht uniformirte, im Lokalhose etwa fünfzehn sogenannten Schutzeleute und ferner einige Kommissare postirt. Unter den notirten Personen befinden sich auch einige Sozialdemokraten.

Die Aktion der Polizei entspringt offenbar aus ihrem Bestreben, das Ueberwachungs-System zu vervollständigen. Denn wie wir aus dem Munde eines Herrn, der es wissen muß, hörten, wird jede Person, die Anarchist oder Sozialdemokrat ist oder in dem Geruche steht, ein Gegner der Gesellschaftsordnung zu sein, beim Wechsel des Wohnortes sogleich der Polizei des betr. neuen Domizils als Anarchist oder Sozialdemokrat mitgeteilt.

Wie verlaute, soll demnächst eine weitere Versammlung von den Anarchisten einberufen werden. Wenn diese alsdann von ein oder zwei Tausend Personen besucht ist und die Polizei all diese Personen notiren will, dann dürfte es schwer fallen, in Magdeburg an jenem Abend Spigebuben, Eindrehern etc. das Handwerk zu legen.

**Die Verlegung der Detmolder Garnison.** Die von uns bereits gebachte Mitteilung, daß die Garnison Detmolds verlegt werden und daselbst nur gemäß der preussisch-lippischen Militärkonvention ein kleines Detachement belassen werden soll, bestätigt sich. Detmold soll aufhören, Garnison zu sein. Die „Nein-Weiß, Ztg.“ bemerkt dazu: Es hält schwer, daran zu glauben, daß bei dieser Maßregel rein militärische Gründe maßgebend gewesen seien. Ebenso wenig kann etwa eine Störung des guten Einvernehmens zwischen Graf-Regent und Garnison in Frage kommen, denn allem Anschein nach ist sein Verhältnis zur Garnison vorzüglich. Somit scheint die geplante Verlegung den alten Streit Preußens mit Lippe von Neuem auf die Tagesordnung zu setzen. Sind auch nach der Reichsverfassung die Befugnisse des Kaisers in Bezug auf Bestimmung der Garnisonsorte unumstößlich, und ist er nach der Lippischen Militärkonvention nur gehalten, einen Truppenposten, sei es auch den kleinsten, im Lande dauernd zu „stationieren“, so ist doch schwer verständlich, weshalb man durch Verlegung des Militärs der Stadt Detmold einen dauernden Schaden zufügen will. Noch bedauerlicher bleibt, daß das Moment persönlicher Versäumnisse von Neuem den leidigen Konflikt zwischen Preußen und Lippe chronisch zu machen droht.

**Ausgezeichnet.** Der Oberpräsident v. Köller, der Schutzherr des von dänischen Dienstmädchen bedrohten Deutschtums, hat das Großkreuz des Roten Adler-Ordens mit Eichenlaub verliehen erhalten. Es ist also offenbar ein sehr hoher Orden. — Auch die Ehefrau des Oberpräsidenten scheint sich, nach der Meinung des Herrn Luccanus, des verantwortlichen „Ordensministers“, Verdienste um die Ausweisung gefährlicher dänischer Dienstmädchen erworben zu haben. Frau v. Köller ist mit der Roten Kreuz-Medaille zweiter Klasse bedacht worden.

**Rede-Weise.** Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht nunmehr das Stenogramm der Rede-Weise Ausweisungssrede. Wie kamen nun den Grund der Ausweisungen des dänischen Dienstpersonals: sie haben sich nicht individuell, sondern objektiv lästig gemacht. Wir werden nicht in der Lage sein, dieses Kompliment gegenüber dem preussischen Polizeiminister anzuwenden, falls wir nach einem Grund für seine eventuelle Ausweisung aus dem Ministerhotel zu suchen haben.

**König Albert von Sachsen.** so wird mitgeteilt, hat bei seiner Anwesenheit in Berlin zur kaiserlichen Geburtsstagsfeier die Reichstags-Abgeordneten des Königreichs Sachsen in besonderer Audienz, und zwar im hiesigen königlichen Schlosse, empfangen.

Wie mag es dem sächsischen König zu Muthe gewesen sein, da nur 12 von den 23 sächsischen Abgeordneten zur Audienz erschienen und unter den 12 noch eine Anzahl der nur mäßig gen. erschienenen Anwesenden. 11 Kreise Sachsen sind sozialdemokratisch vertreten und erschienen nicht beim König. Vielleicht gedachte der sächsische Monarch bei diesem Abgeordnetempfang auch jener Stunde, da er seinen Ramenzug unter das Dreifachen-Wahlgesetz setzte.

**Eine verhinderte Festrede!** Die Polizei in Kpolda hat dem Abg. Khlwardt die Genehmigung verweigert, am Geburtstage des Kaisers dort einen Vortrag zu halten. — Ist man auch in diesem Bundesstaat schon so particularistisch gesinnt, daß man einen Patrioten wie den Abg. Khlwardt gewaltsam hindert, an solch' einem Tage seinen Gefühlen freien Lauf zu lassen? —

**Geschicktere Gesinnungsspiegel** müssen sich die Kriegervereine anstellen; denn es dauert manchmal verzeiwelt lange, bis sie bei jemandem entdecken, daß er kein „wackriger“ Patriot ist. Der Landwehrverein zu Ibergöfen schickte dieser Tage folgendes Schreiben an:

Geehrter Herr Kamerad . . . .  
Es ist eine Zuchtwort v. seitens des Kriegerverbands an dem Vorstand des Landwehr-Vereins ausgesprochen worden, worin mitgeteilt wird das Amtlich dem Verbande lumb gegeben ist, das Sie an der letzten Gemeindevorstellungswahl sozialdemokratisch gewählt hätten, der Kriegerverband fordert Ihre ausschließliche binnen 3 Tagen aus dem Verein, was ich zu meinem bedauern Ihnen hiermit mittheilen. Und erkläre hiermit das Sie laut § 11 v. hiesigen Tage, aus dem Verein ausgeschlossen sind.  
Hochachtungsvoll  
Der Vorstand  
des Landwehr-Vereins.

Die Anthat, um decentvollsten der Kamerad ausgeschlossen worden ist, wurde vor 1/2 Jahren begangen. So lange also hat es gedauert, bis man seine Gesinnung „gerochen“ hat, furchtbar gerochen! —

**Ueber den Arbeitermangel auf dem Lande im Osten** hat der Abg. Szynka, unterstützt von Mitgliedern des Zentrums, im Abgeordnetenhaus folgende Interpellation eingebracht:

Ist der königlichen Staatsregierung bekannt, daß in diesem Jahre der Mangel an ländlichem Gesinde und landwirtschaftlichen Arbeitern sich so vergrößert hat, daß die Fortführung der Bewirtschaftung größerer und kleinerer Besitzungen in Frage gestellt wird, und welche Maßregel gedankt die königliche Staatsregierung eventuell zu ergreifen, um dieser Kalamität zu steuern? Die Regierung soll nur erwidern, daß ihr der Arbeitermangel auf dem Lande bekannt sei und daß sie, um diesem Mangel abzuhelfen, den Großgrundbesitzern nur anheimzugeben könne, den landwirtschaftlichen Arbeitern anständige Bezahlung, anständige Wohnung, anständige Arbeitszeit und vor allem anständige Behandlung angeheißt zu lassen.

**Das Spiritusmonopol.** In Nr. 12 berichteten wir von einem drohenden Spiritusmonopol. Was damals erst drohte, ist jetzt bereits so gut wie ausgemachte Sache. Das unter Leitung der Posener Spiritus-Gesellschaft stehende Spiritusmonopol hat seinen Bund mit den Großbrennern geschlossen. Wie bisher die kleineren Spiritusfabrikanten niederlöhnt wurden und nur ca. 20 große und mit einander koalitierte Firmen den ganzen Fabrikationszweig sich unterworfen haben, so sollen jetzt auch die kleineren Brenner sowie alle kleinen Händler angezogen werden. Und das Ganze läuft hinaus auf eine neue bedrohliche Schröpfung der Konsumenten.

**Die Waarenhaus-Sondersteuer** ist lediglich den Kleinhandlern erwünscht, in den sonstigen Handels- und Gewerbetreibenden wird die Umsatzsteuer dagegen abgelehnt. So legt beispielsweise die Handels- und Gewerbetreibenden für Oberbahren dem Bayerischen Handelskammertag eine Resolution vor, in der es heißt:

Einverstanden mit dem Prinzip, das Kleingewerbe und die minder ertragsfähigen Betriebe zu entlasten, dagegen die ertragsfähigen stärker heranzuziehen, müssen sich die Handels- und Gewerbetreibenden entschieden gegen die vom Steuerausschuß sogar über den Regierungsvorschlag hinaus gehenden hohen Tarifsätze aussprechen, weil bei den bereits bestehenden großen Einnahme-Nebererträgen jeder legale Grund fehlt, Handel und Industrie so enorm zu belasten, durch derartige hohe Belastung die Konkurrenzfähigkeit gegenüber außerbayerischen Betrieben außerordentlich erschwert, insbesondere aber die weitere Entwicklung der Industrie in Bayern ernstlich gefährdet werde. Einer höheren Besteuerung der Waarenhäuser — sogenannte Großhäuser — kann im Prinzip zugestimmt werden, jedoch nicht auf Grundlage einer Umsatzsteuer.

**Der auswärtige Handel Deutschlands im Jahre 1898** ergibt nach den Mittheilungen des kaiserlichen Statistischen Amtes folgendes Bild, wobei die Werthe noch nach den für 1897 festgestellten Einheitswerthen berechnet sind, mit Ausnahme derjenigen der Haupt-Gewerbe- und -Handelarten, für die besondere Verwertungen im Laufe des Jahres 1898 stattfanden:

Werth der Einfuhr für das Jahr 1898 in 1000 M.: 5 477 849 gegen 4 864 644 im Jahre 1897, daher mehr 613 004. Hierunter Edelmetalle 359 119 gegen 189 947, übrige Artikel 5 118 529 gegen 4 605 767. Werth der Ausfuhr für das Jahr 1898 in 1000 M.: 4 080 746 gegen 3 798 241, daher mehr 215 505. Hierunter Edelmetalle 255 118 gegen 151 968, übrige Artikel 3 746 023 gegen

3 634 975. Gestiegen ist hauptsächlich der Einfuhrwerth von Baumwollen- und Wollwaaren, Getreide und anderen Landbau- Erzeugnissen (151 Millionen Mark), Holz etc., sowie Waaren daraus, Material- etc. Waaren, Del und Fetten, Wolle und Wollenwaaren. Gestiegen ist hauptsächlich der Ausfuhrwerth von Droguerie-, Apotheker- und Farbwaren, Eisen- und Eisenwaaren, Instrumenten, Maschinen und Fahrzeugen — der Einfuhrwerth der Instrumente etc., ist gleichfalls erheblich gestiegen — Seide und Seidenwaaren, Kohlen, während der Werth der ausgeführten Material- etc. Waaren und Wolle und Wollenwaaren erheblich zurückgegangen ist. Dem Gewicht nach betrug die Gesamtimporte: 42 718 075 gegen 40 182 317 im Vorjahr, daher + 2 535 758. Edelmetalle: 1095, Getreide und andere Landbau-Erzeugnisse 7 159 751 gegen 6 411 218. Die Gesamtexporte betrug: 30 086 228 gegen 28 019 949, daher mehr 2 066 279. Edelmetalle-Ausfuhr: 501 gegen 459 im Vorjahr. Eine besonders starke Zunahme der Ausfuhr zeigt sich bei Kohlen (1 649 439), Eisen und Eisenwaaren (288 177), Getreide und anderen Landbau-Erzeugnissen (139 849), ohne besonders starke Abnahme bei Material- etc. Waaren. 27 von 43 Politisch-Nummern zeigen eine verstärkte Jahres-Ausfuhr.

**Die Lazarethgehilfen** heißen fortan in ihrer Gesamtheit Sanitäts-Unteroffiziere. Im Besonderen diejenigen unter ihnen, welche die Erlaubnis zum Tragen des Offiziers-Seitengewehrs haben (bisher Ober-Lazarethgehilfen) Sanitäts-Feldwebel, die übrigen Ober-Lazarethgehilfen Sanitäts-Sergeanten und die bisherigen Lazarethgehilfen Sanitäts-Unteroffiziere. Die Unter-Lazarethgehilfen und die Lazarethgehilfen-Schüler haben die Dienstbezeichnung Sanitäts-Geselle und Sanitäts-Soldaten erhalten.

**Aus Mecklenburg.** Unter den Mannschaften der in Güstrow garnisonirenden Abtheilungen des 24. Artillerie-Regiments herrscht zur Zeit eine Diphtherie-Epidemie. Im Lazareth liegen 28 Mann, hauptsächlich Rekruten. Im Laufe der letzten Woche starben 2 Mann, ein Schwerkranker ist auf Wunsch in seine Heimath Holstein mittels Krankentransportes gebracht worden. An maßgebender Stelle wird strenge Verschwiegenheit über Auftreten und Umfang der Seuche, die in der Stadt zur Zeit nirgends ernsthaft auftritt, beobachtet. Auch die beiden bürgerlichen Blätter am Orte schweigen sich vollkommen darüber aus.

**Treddener Sittenpolizei.** Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ berichtet von einer That der Sittenpolizei, die, wie unser Partei-Blatt sagt, selbst den Fall Kiefer in Köln in Schatten stellen dürfte. Ein Kaufmann, der mit seiner Frau die Eheverbindung gelöst, knipste mit einem anständigen Mädchen einen Verkehr an, der jedoch nie über die „durchaus anständigen“ Grenzen hinausging. Eines schönen Tages wurde das Mädchen nach der Sittenpolizei zitiert und da einen Jungen Verhör unterzogen. Trotzdem sie und der mitanwesende Vater ihre Unschuld bezeugten, wurde das Mädchen 3/4 Stunden lang eingesperrt und dann nochmals einem Verhör unterzogen. Während des Verhörs sollen sich so eigenartige Dinge abgespielt haben, daß der Vater des Mädchens, das infolge des Vorfalls erkrankt ist, gegen den Kriminalkammermann Bödner die disziplinarische Bestrafung beantragt hat. Diese Beschwerde wurde als unbegründet zurückgewiesen. Wenige Tage nach dem Verhör erhielten der Kaufmann und das Mädchen folgende gleichlautende Verfügungen:

Nach den Ergebnissen hier angestellter Erörterungen haben Sie in letzter Zeit mit . . . . wiederholt hier gemeinschaftlich genächtigt und dadurch Vergerneiß gegeben. Es wird Ihnen daher hierdurch aus sittenpolizeilichen Gründen das fernere gemeinschaftliche Nächtigen mit der Genannten und das gegenseitige Besuchen sowie jeglicher Verkehr in den beiderseitigen Wohnungen bei Vermeidung einer Haftstrafe von 7 Tagen für den Zuwiderhandlungsfall untersagt.

Diese Verfügung ist ergangen, ohne daß der Kaufmann vorher vernommen worden wäre. Doch abgesehen hiervon muß gegen die Einmischung der Polizei in derartige private Angelegenheiten der Staatsbürger durchs Widerstand erhoben werden.

Man sollte meinen, daß die Polizeibehörden, statt sich um die Lebensweise von Privatpersonen zu kümmern, lieber der schlimmsten Sittenzustände, insbesondere der Prostitution, zu gedenken hätten.

**Die Kunst zu hängen.** Wegen des von uns mitgetheilten Artikels „Salgentzen“, der kürzlich in der Wiener Zeitschrift „Zeit“ erschienen war und den österreichisch-ungarischen Konsul Baumann zum Verfasser hat, ist nach einer Berliner Meldung der Münchener „Allg. Ztg.“ dem Kolonialamt eine Untersuchung eingeleitet worden. Offenlich werden nun die säubigen Heuler — gehängt.

**Der Samoa-Konflikt.** Englische Blätter wollen wissen, die amerikanische Regierung verlange die Abhebung des deutschen Generalkonsuls Dr. Rose wegen Verhöhnungen, die er dem amerikanischen Minister Chambers zugesagt habe. Eine amtliche Bestätigung dieser amerikanischen Forderung liegt nicht vor.

### Ausland.

#### Oesterreich-Ungarn.

**Zur ungarischen Ministerkrise.** Wie in Budapest erzählt wird, soll der Rücktritt Vauffy's und die Neubildung des ungarischen Kabinetts nicht erst nach Abschluß der Kompromißverhandlungen mit der ungarischen Opposition erfolgen, sondern sich in wenigen Tagen vollziehen. Dadurch soll der Abschluß des Kompromißes beschleunigt werden. Man erwartet, daß die ungarische Opposition, wenn ihre Hauptforderung, der Rücktritt Vauffy's, erfüllt, in den übrigen Punkten nachgiebiger sein werde, und daß der Wechsel in der Person des Ministerpräsidenten überhaupt den Abschluß der Verhandlungen erleichtern werde.

Ueber demselben Gegenstand schreibt die „Neue Freie Presse“: „An den Verhandlungen mit der ungarischen Opposition nimmt jetzt Koloman von Szell, kraft besonderer Autorisation der Krone als deren Vertrauensmann theil. Die Verhandlungen verzögern sich wegen der Weigerung der Opposition, das viermonatliche Budgetprovisorium nach dem Baron Vauffy zu bewilligen. In Wiener Abgeordnetentreiben wurde dagegen heute erzählt, der Ministerwechsel in Ungarn werde sich schon in wenigen Tagen vollziehen und eben dadurch der Abschluß des ungarischen Kompromißes beschleunigt werden.“

**Budapest, 27. Januar.** In einer nahe bei Sombor gelegenen Ortschaft meldeten viele Einwohner ihren Austritt aus der römisch-katholischen Kirche an.

#### Frankreich.

**Der Prozeß Henry-Reinach** hat heute vor dem Pariser Schwurgericht begonnen. Reinach war einer der ersten gewesen, der sich zu der Anklage bekannte, daß an Dreyfus ein Justizverbrechen begangen worden sei. Später stellte Reinach die Behauptung auf, daß Henry, der sich als Fälscher bekannt und sich dann die Kette durchgeschnitten hatte, ein Mitschuldiger Esterhazy's gewesen sei. Frau Henry erklärte sich dadurch beleidigt und strengte gegen Reinach die Klage an und der chauvinistische Anhang der Generalschüler brachte 125 000 M. zur Führung ihres Prozeßes auf.

Am Donnerstag Abend haben die Antisemiten und sonstige Anhänger der Generalschüler Versammlungen abgehalten und mit Demonstrationen vor dem Justizpalast gedroht. Die Gegenpartei kündigte ebenfalls Kundgebungen an, so daß Slandalszenen zu erwarten waren. Nach den bisher eingelaufenen Nachrichten sind solche aber unterblieben.

Ueber den bisherigen Verlauf des Prozeßes wird berichtet: Die Zeugen betreten unbehelligt den Justizpalast, an dessen Eingängen sich nur wenige Reugierige eingefunden hatten, alle Offiziere sind in Zivil. In den Wandelgängen des Justizpalastes herrscht lebhaftes Treiben. Die Mehrzahl der geladenen Zeugen sind erschienen. Bald nach 12 Uhr beginnt die Verhandlung. Sabori, der Rechtsbeistand Reinach's, stellt den Antrag, den Prozeß bis nach

der Revision des Dreyfus-Prozeßes zu vertagen. Der Prozeß sei nichts als das Werk einer politischen Partei. Bis letzten ver-zweifelten Versuch habe man ihn am Vorabend der Entscheidung über die Revision des Dreyfus-Prozeßes angezettelt unter dem Vorwande, der Ehre einer Frau und eines Kindes Genugthuung zu verschaffen, welche niemand angegriffen habe. Sabori entschuldigte sich, daß seine Pflicht ihn zwingt, peinliche Dinge zu berichten und wandte sich sodann gegen den Anruf, welchen man erlassen habe, um Henry zu verheerlichen, der eine Fälschung begangen habe, um einen Unschuldigen im Bagno festzuhalten. Weiter forderte Sabori, die Verhandlung solle der Lokalität wegen erst dann durchgeführt werden, wenn der Kassationshof Licht in die Sache gebracht habe, welcher Reinach sich gleich so vielen Anderen mit solchem Eifer und solcher Hingebung gewidmet habe. Sabori sagte hinzu, der Kassationshof betreibe, trotz der Verleumdungen und Beschimpfungen, mit welchen man ihn täglich überhäufte, weiter mit Ernst sein Werk der Gerechtigkeit. Er, Reinach, beuge sich im Voraus vor der Entscheidung, welche von allen vereinigten Annumern des Kassationshofes werde gefällt werden, wenn dies beliebt werde. Ihm sei dies ziemlich gleichgültig, denn jedermann werde sich vor der Wahrheit beugen müssen. Sabori schloß mit der Erklärung, er verlange im Namen der Gerechtigkeit die Vertagung der Verhandlung und protestire gegen die schändliche Verleumdung von Seiten derjenigen, welche behaupten, die Revisionisten beleidigten die Arme.

Saint-Kuban, der Rechtsbeistand der Madame Henry, be-lämpfte die Vertagung und griff Reinach heftig an, welcher sich der Verantwortung entziehen wolle, indem er ihm seinen Freispruch gegen die Arme zum Vorwurf machte. Sabori erbat das Wort zu einer Replik, aber der Präsident Bouyardin ertheilte dem Generaladvokaten Lombard das Wort, was eine lebhafteste Auseinandersetzung zwischen dem Präsidenten und Sabori zur Folge hatte. Als Sabori schließlich die Absicht kundgab, Anträge zu stellen, erklärte ihm der Präsident, er werde das Wort erhalten, wenn die Reihe an ihm sei. Hieraus entwickelte Lombard seine Schlußfolgerungen. Er sagte, Reinach habe das Andenken Henry's schwer beleidigt; derselbe müsse dafür Rede stehen vor derselben Gerichtsbarkeit, die er selbst gewählt habe. Der Gerichtshof müsse die Unschuldigkeit in der Hand behalten, weil er in regelrechter Weise damit befaßt sei. Das Geschworenengericht sei kompetent, weil Henry Offizier war. Lombard schloß mit dem Antrage, den Antrag auf Vertagung abzulehnen. Sabori erwiderte, die Vertagung des Prozeßes würde dem Lande Aufregung ersparen, die mindestens keinen Nutzen brächte; wenn die Vertagung abgelehnt werde, so werde der Prozeß trotzdem nicht stattfinden. (Murren im Zuschauerraum.)

Der Gerichtshof zog sich zur Beratung zurück. Nach ein-dertelstündiger Beratung fällte der Gerichtshof seine Entscheidung dahin, daß die Vertagung abzulehnen sei und sofortige Verhandlung stattzufinden habe. Sabori stellte neue Anträge und verlangte, man möge ihm beschließen, daß sein Klient gegen die Entscheidung des Gerichtshofes die Nichtigkeitbeschwerde einlege. Saint-Kuban be-antwortete in seiner Entgegnung, daß die Nichtigkeitsbeschwerde keine aufstrebende Kraft haben solle.

#### England.

**London, 27. Januar.** Der Staatssekretär des Innern Ridley hielt gestern in Gladpool eine Rede, in welcher er ausführte, er habe guten Grund zu der Annahme, daß alle Aussicht auf Regelung der Abgrenzung des Vahel Ghazal und der anderen noch mit Frankreich schwebenden Fragen vorhanden sei. Der Staatssekretär fügte hinzu, die Regierung habe die berechtigten Ansprüche Rußlands in Nord-China anerkannt, sei andererseits aber auch entschlossen, den englischen Einfluß daselbst aufrecht zu halten. Die britische Regierung habe eine sehr sympathische Antwort an den Kaiser von Rußland in betref der Friedens-Konferenz gerichtet und werde Delegationen zu derselben entsenden. Ridley hielt zwar der Konferenz große Schwierigkeiten entgegenstehen, hofft aber doch, dieselbe werde einige gute Ergebnisse haben. Immerhin sei eine mächtige Flotte ein unabwiesbares Bedürfnis für England.

#### Spanien.

**Madrid, 27. Januar.** General Torral, der die Kapitulation von Santiago unterzeichnet, ist augenblicklich nicht in Madrid an-wesend, wird aber gleich dem verhafteten General Zaudenes, der Manila übergab, vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Man glaubt, daß beide Generale degradirt werden.

#### Asien.

**Zur Philippinenfrage** haben wir bereits unter den gestrigen Depeschen berichtet, daß am 22. d. Mts. die Philippinische Republik ausgerufen worden sein soll, und daß die Mächte hiervon benachrichtigt wurden.

Ueber die weiteren Absichten der Philippiner wird der „Internat. Korr.“ aus Madrid das Folgende gemeldet: Ein drahllicher Bericht des General Friess, welcher über Labuan eingegangen und demnach der nordamerikanischen Peninsur entgegen ist, giebt genaue Aufschlüsse über die Absichten der Aufständigen-Regierung. So habe Aguinaldo erklärt, seine nach Washington entsandten Bevollmächtigten hätten den gemeinsamen Befehl, jedem bilateralen Verfahren Mac Kinley's auszuweichen und auf die sofortige Verantwortung der Anträge zu bestehen. Die Philippiner sind bereit, auf den Inseln den Nordamerikanern eine Flottenstation mit dem erforderlichen Hinterland einzuräumen, jedoch nicht Manila. Dagegen sollen in vier größeren Städten gemischte Gerichtshöfe zur Wahrung der Interessen der Fremden, und außerdem in Manila eine nordamerikanische Kontrollkommission für das Zoll- und Finanzwesen eingesetzt werden.

Die amerikanische Regierung scheint in der Amerikionsfrage ein-lenken zu wollen. Es ist in Washington amtlich und scheinbar im Auftrage Mac Kinley's bekannt gegeben worden, daß man die Ent-scheidung über die Zukunft der Philippinen dem Kongreß über-lassen wolle, wie es verfassungsmäßig allein zulässig sei.

### Parlamentarisches.

**In der Bundesraths-Sitzung** vom Donnerstag wurde, wie nachträglich noch berichtet wird, von einer Nachweisung über die den einzelnen Bundesstaaten und den deutschen Schutzgebieten bis Ende Dezember 1898 überwiesenen Beträge an Reichs-Silber-, Nickel- und Kupfermünzen Kenntlich genommen. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiehen die Vorlagen betreffend die Ausprägung von Fünftennigstücken, betreffend die Erweiterung der einem Aus-wandererunternehmer in Bremen ertheilten Erlaubnis zur Beförderung von Auswanderern und ein Gesetzentwurf über das Flaggerecht der Kauffahrtschiffe. Von der Mittheilung des Reichstags-Präsidenten über den Beschluß des Reichstags zu der Uebereinkunft mit den Niederlanden wegen Ausdehnung des über die gegenseitige Zu-lassung von Medizinalpersonen zur Praxis in den Grenzgebieten ab-geschlossenen Abkommens vom 11. Dezember 1873 auf die Thierärzte wurde Kenntlich genommen; das Uebereinkommen wird zur all-erhöchsten Ratifikation vorgelegt werden. Schließlich wurde über einen Sr. Majestät dem Kaiser über die Befestigung einer Reichsgerichts-raths-stelle zu machenden Vorschlag und über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Eine Denkschrift betreffend die Höhe und Vertheilung der finanziellen Belastung aus der Invaliden-Versicherung ist im Reichs-tage vertheilt worden. Der Denkschrift sind 24 statistische Tabellen beigegeben.

### Partei-Nachrichten.

Die diesjährige Landeskonferenz der Sozialdemokraten Sachsen ist von der Landtagsfraktion auf den 4. und 5. April nach Chemnitz zu ebendiesen. Die Tagesordnung lautet:  
1. Bericht des Zentral-Ausschusses, Berichterstatter Eichhorn.  
Dresden. 2. Die Organisationsfrage, Berichterstatter Goldstein.

Zwidau. 8. Agitation und Presse, Berichterstatter Eichhorn-Dresden. 4. Die bevorstehenden Landtagswahlen, Referent Fräßdorf-Witten. Korreferent Lipinski-Leipzig. 5. Die Gemeinderatswahlen, Referent Höpner-Cotta. 6. Anträge der Parteigenossen. 7. Renovation des Zentral-Komitees. 8. Wahl des Ortes für die nächste Landesversammlung.

Anträge, die auf der Landesversammlung zur Verhandlung kommen sollen, sind bis 14. März an Hermann Goldstein in Zwidau („Sächsisches Volksblatt“) einzusenden.

In dem braunschweigischen Dorfe Herrhausen wurde der dritte Sozialdemokrat in den Gemeinderath gewählt. Er erhielt 44 Stimmen, der Gegner nur 19.

**Aus Oesterreich.** Das in italienischer Sprache erscheinende Parteiorgan „Laboratore“ in Triest war am 1. Mai 1898 infolge einer verheerlichen Spekulation — man hoffte u. a., daß der Zeitungstempel am 1. Januar d. J. fallen werde — in ein Tageblatt umgewandelt worden. Schon am 9. Dezember d. J. hat das Blatt sein Erscheinen einstellen müssen. Der eigentliche Unternehmer und Herausgeber, der Rechtsanwalt Richard Camber, hatte sich von dem Blatte zurückgezogen und zugleich in der bürgerlichen Presse eine Erklärung veröffentlicht, worin er angab, daß ihn Berufspflichten zwingen, alle seine Funktionen in der sozialdemokratischen Partei niederzulegen. Das Blatt ist nun in den Besitz des Parteisekretariats übernommen worden und erscheint, wie vor der Zerschlagung, seit 13. Januar als Wochenblatt. Als Herausgeber zeichnet Carlo Ucciar, als verantwortlicher Redakteur Antonio Gerin. Redaktion und Administration befinden sich Via S. Maurizio 14, Triest.

**Aus der Schweiz.** Die Arbeiter-Union in Bern besteht zur Zeit aus 29 politischen Vereinen, 41 Fachvereinen, 3 Gewerkschaften, einer Schützen- und einer Musikgesellschaft sowie aus einem Abstinenzverein, zusammen 69 Vereinigungen. In der Generalversammlung am Sonntag wurde Dr. Wastli als Arbeiter-Sekretär und Mohr als Redakteur der „Tagwacht“ wiedergewählt.

### Politikalisches, Gerichtliches u. l. w.

**Aus Preußen O./S.** wird mitgeteilt: Die Benutzung des Winter'schen Lokals zu Privatzielen ist endlich durchgesetzt worden. Die Polizei scheint sich weiterer Eingriffe in Privatangelegenheiten enthalten zu wollen.

**Wegen Verleumdung des Besitzers der Probiants-Mühle in Hannover** ist seinerzeit der verantwortliche Redakteur des „Volkswillen“, Genosse Thielhorn, vom Landgericht zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. In dem Prozeß hatte ein Maurerpolier Namens Franz Humpert, der bei dem Besitzer der genannten Mühle mehrere Jahre beschäftigt gewesen ist, als Zeuge ausgesagt, daß er es gewesen sei, der dem „Volkswillen“ die Mittheilungen über die Zustände in jener Mühle gemacht habe. Er wurde deshalb ebenfalls unter Anklage gestellt, das Landgericht hat ihn aber jetzt kostenlos freigesprochen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Wie die Unternehmer Vereinbarungen halten. In den Vergleichsbedingungen beim Friedensschluß des allgemeinen Ausstandes der Berliner Eisenformer im Herbst 1897 verpflichteten sich die Gießereibesitzer zur Begleichung des Ausstandes in allen Fällen, in denen den Formern keine Schuld trifft. Neuerdings verhalten die Gießereibesitzer diese Verpflichtung wieder von sich abzuschütteln. Erst vor Kurzem veranlaßte die Firma Grunauer in solch fröhlichem Maße zwei Formern, das Gewerbegericht anzurufen. Dieses verurtheilte die belagte Firma zur Zahlung des Ausstandes. Nunmehr beobachten die Gießereibesitzer eine neue Taktik. Sie weigern sich schließlich nicht mehr, den Ausstand zu bezahlen, aber entlassen jeder, der den Ausstand bezahlt haben will. Das ist auch die Ursache der Differenzen, welche bei der Firma Wolter ausgedehnt sind. Die Kolonne von vier Mann soll den Ausstand bezahlt erhalten, wird aber dann sofort entlassen. Da alle Versuche, eine friedliche Erledigung dieser Angelegenheit herbeizuführen, gescheitert sind, so haben die Arbeiter beschlossen, bei Entlassung besagter Kollegen insgesamt die Arbeit einzustellen. Da bei ausbrechendem Streik der Verband der Industriellen sämtliche Gießereien sperrt und dadurch die Formern zwingen will, als „Arbeitswillige“ zu fungieren, so werden alle Formern vor Jung gezwungen, da nicht die geringste Möglichkeit besteht, Arbeit zu erhalten — es sei denn als Streikbrecher in der Gießerei von Wolter.

### Deutsches Reich.

**Arbeitsmangel** ist auch auf der Gießengrube (Erg) in Scharley eingetreten. Vorläufig ist pro Woche eine Feierschicht eingelegt worden, eine zweite Feierschicht ist jedoch bereits angekündigt worden. Die Arbeiterschaft dieser Grube, die diese Maßregel nicht für nöthig hielt, ist bei der Grubenverwaltung um Vermeidung eines Arbeiterausstandes vorstellig geworden, der auch bei der Einlegung von Feierschichten sein Wort mitreden soll.

In der **Broncewaarenfabrik** von R. M. Seiffert in Dresden sind die Differenzen mit den Arbeitern beigelegt. Die Maßregelung ist zurückgezogen und anderen Wünschen der Arbeiter ist man entgegengekommen.

Der **Streik der Zuckerraffinerie-Arbeiter** in Halle hat erheblich an Umfang zugenommen. Die Zahl der Streikenden ist auf 300 gestiegen, darunter befinden sich 50 Arbeiterinnen. Um die Arbeiterinnen von ihrem Verhalten abzurufen, hatte die Firma ein sonderbares Mittel angewandt. Man hatte, als die Arbeiterinnen die Arbeit beendeten, die Fabrik verlassen, den Garderobesaal abgeschlossen. Dieses merkwürdige, durchaus ungesetzliche Gebahren hat aber die Arbeiterinnen von ihrem Entschluß nicht abbringen können. Mittags mußten ihnen wohl über fünfzig Arbeiterinnen ausgehört werden und Nachmittag stellten sich von den annähernd 120 Mädchen nur etwa 20—25 zur Arbeit ein.

Die Lohnverhältnisse in der Zuckerraffinerie sind außerordentlich traurige. Die männlichen Arbeiter erhielten fast durchweg nur 21—22 Pf. Stundenlohn; nur die im Restehaus beschäftigten Arbeiter, die gleichfalls ausständig sind, bezogen 22 1/2 Pf. pro Stunde und erhielten die Mittagspause bezahlt. Die Arbeit im Restehaus ist aber dafür auch eine außerordentlich schwere und gesundheitschädliche. Bei geschäftlicher Arbeitszeit verdienen die Arbeiter also im Höchstfalle 13,20 M. pro Woche, wovon noch 42 Pf. als Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung und der Krankenkasse in Abzug gebracht wurden. Noch trauriger steht es mit der Entlohnung der weiblichen Arbeiter. Diese bezogen bis vor einer Woche einen Lohn von 1,10 M. pro Tag. Vor einigen Tagen wurden ihnen 10 Pf. zugelegt, so daß der Tagelohn 1,20 M., der Wochenlohn nach Abzug der Beiträge kaum also 7 M. betrug.

### Ausland.

Die **Gewerkschaft der französischen Eisenbahner** hielt einen außerordentlichen Kongreß am 20. und 21. Januar in Paris ab. Es handelte sich darum, die Folgen des mißlungenen Generalstreiks-Versuchs vom Oktober vorigen Jahres zu erledigen und namentlich den zurückgetretenen Vorstand zu ersetzen.

In der Diskussion schloß es natürlich nicht an Vorwürfen gegen den alten Vorstand wegen der mißlungenen Aktion. Guerdard, der frühere Generalsekretär, wies jedoch nach, daß die Generalstreik-Erklärung durchaus statutenmäßig und in Uebereinstimmung mit den Weisklassen des letzten ordentlichen Kongresses erfolgt war. Der Erfolg, genauer die Richtdurchführung des Streikschlusses wurde von den Delegirten in der Hauptsache den gesetzlichen Wahrgeldern der Regierung zugeschrieben: der Weisklassener der Korrespondenz des Vorstandes, der Abtreibung der Streikaufrufe, der militärischen Besetzung der Bahnhöfe. In der Provinz haben die Eisenbahner meistentheils nicht rechtzeitig von dem Streikschluß Kenntniß erhalten. Schließlich ertheilte der Kongreß nahezu einstimmig dem Vorstand Desforge, in anbetragt, daß dieser lediglich die Weisklassen des letzten Kongresses ausgeführt und die Statuten treu befolgt hat.

Eine andere, für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft sehr wichtige Frage wurde von den Delegirten der Staatsbahnen-Angestellten zur Debatte gebracht. Sie verlangten eine gründliche Aenderung der zentralistisch organisierten Gewerkschaft. Fortan sollten die Angestellten der acht französischen Eisenbahnen ebenso wie selbständige Organisationen bilden, die dann in einem allgemeinen föderativen Verband vereinigt wären. Der Vorschlag läuft eigentlich auf eine Herabsetzung der Gesamtschulden hinaus. Die Stellungnahme der staatlichen Eisenbahner erklärt sich daraus, daß sie innerlich etwas besser daran sind als die Eisenbahner der privaten Gesellschaften.

Diese Frage wurde vom Kongreß vertagt, da die meisten Delegirten keine bezüglichen Vollmachten hatten. Die betreffende Resolution lautet: „Ohne für oder gegen die föderative Autonomie sich auszusprechen, hält der Kongreß für heute die einheitliche Gewerkschaft aufrecht und beschließt, die Frage der Föderation auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu legen. Dem Sachgange, der „Tribuna de la Voie ferrée“ („Tribüne der Eisenbahn“), wird aufgegeben, alle Statuten-Entwürfe und Abhandlungen für und wider den Föderationsvorschlag zu veröffentlichen.“

Hierauf wurde der neue Vorstand gewählt. Er besteht aus 30 Mitgliedern, darunter je vier Vertreter für die sieben großen Eisenbahnen und zwei für die Kleinbahnen. Die neugewählte Kontrollkommission besteht aus 15 Mitgliedern, die unter die einzelnen Linien ebenso vertheilt sind, wie die Vorstandsmitglieder.

Die Verhandlungen fanden ihren Abschluß mit der Annahme der folgenden Resolution: „Nach einer höchst aufmerksamen Prüfung der gegenwärtigen Lage der Gewerkschaft konstatirt der Kongreß, daß die neuesten Ereignisse dem Muth und der Hingebung der Kämpfer nicht den geringsten Abbruch gethan haben. Als Sanktion der gepflogenen Diskussion giebt der Kongreß dem neuen Vorstand den Auftrag, die Erhöhung der Löhne der schlecht bezahlten Eisenbahnergruppen und die proportionale (im Verhältnis zu den Dienstjahren) Alterspension für alle anzustreben.“

Es ist demnach zu hoffen, daß die Gewerkschaft die schwere Prüfung überwinden wird. Der nächste ordentliche Jahreskongreß wird in dieser Hinsicht entscheidend sein.

Die **Arbeiterstreikperrung in Dänemark** scheint mit einem Vergleich zu enden. Durch Verhandlungen zwischen dem Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes und den Repräsentanten des „Vereins der Eisenindustrie-Fabrikanten Kopenhagens“ und der Direktion der Aktiengesellschaft „Titan“ einerseits mit dem Geschäftsausschuß der vereinigten Fachverbände und den Repräsentanten des dänischen Schmiebes- und Maschinenarbeiter-Verbandes andererseits ist, unter der Voraussetzung der Anerkennung durch die jeweiligen Organisationen, ein Vergleich geschlossen: 1. Die angebotene Auslieferung findet nicht statt. 2. Der Streik wird aufgehoben, und die Arbeit am 28. d. M. aufgenommen, wonach so schnell als möglich Verhandlungen zur Festlegung neuer Allordpreise in der streikenden Abtheilung des „Titan“ getroffen werden, die bis Ausgang des Jahres bindend sein sollen und danach von beiden Parteien mit einmonatlicher Kündigung aufgesetzt werden können.

Eine sofort eintretende Versammlung der Arbeiter hat dem Vergleich zugestimmt, da die Hauptforderung der Arbeiter, bei der Lohnbestimmung mitzuwirken, acceptirt ist.

In dem **Streik der Herrenschneiderinnen** in Kopenhagen sowie in einem nun drohenden Lohnkampf der Fleischergesellen stellt sich beachtenswerthweise die bürgerlich-liberale Presse ebenfalls auf die Seite der Arbeiter! Ein Blatt wie „Nationaltidende“ schreibt z. B.: „Es wird sicher allmählich für die großen Arbeitgeber unmöglich werden, Personen oder Parteien in diesen Kämpfen auf ihre Seite zu bekommen, wenn auf der einen Seite die Arbeit und die Armuth und auf der anderen das Geld und der sich stets mehrende Gewinn stehen.“

## Unternehmer-Verbände.

Der **Verein Berliner Getreide- und Producentenhändler** sah in seiner letzten Sitzung folgende Beschlüsse:

Die Generalversammlung spricht die bestimmte Erwartung aus, daß kein Mitglied des Vorstandes oder gar des Vorkomitees-Präsidiums Bestrebungen begünstigt, die eine Einschränkung des Berliner Spiritus-handels herbeiführen.

Die Generalversammlung nimmt Kenntniß von den Mittheilungen des Vorstandes über die Verhandlungen mit der Regierung, und billigt den von ihm eingenommenen Standpunkt. Sie erklärt aber, sich Anordnungen nicht fügen zu können, welche über das Vorkomitee hinausgehen und für den notwendigen und legitimen Handel eine thatsächliche Verringerung nicht zur Folge haben.

Das **Kartell der österreichischen Papierfabrikanten**. Die Verhandlungen, welche gegenwärtig zwischen den Papierfabrikanten wegen Erzielung gleicher Produktions- und Preisbedingungen geführt werden, haben bis jetzt noch keine definitive Einigung sämtlicher Produzenten herbeigeführt. Es haben sich unter den Fabrikanten mehrere Gruppen gebildet. Zwei derselben, die Erzeuger von hochfeinem Schreibpapier und Zellulose-Papier, haben sich bereits konstituirte und sind über die Bedingungen im Großen und Ganzen einig. Die dritte Gruppe, welche Druckpapier und mittleres Schreibpapier produziert, hat die Konstituierung noch nicht vollzogen und sich auch den anderen Gruppen bisher nicht angeschlossen. Es handelt sich nach den Erklärungen der Produzenten in erster Linie um ein Kartell zur Einschränkung der Produktion, die im Wege der Herabsetzung der Arbeitszeit erzielt werden soll. Man glaubt, durch eine solche Verminderung der Erzeugung die Preise reguliren zu können. Falls sich diese Ansicht nicht bestätigen sollte, würde zu einem Preiskartell geschritten werden. Eine einvernehmliche Regulierung der Produktion und eventualer der Preise wird von den Fabrikanten damit begründet, daß die Lage der Papierfabrikanten eine ungünstige sei und Fabriken zuweilen unter ihren Selbstkosten verkaufen.

## Soziales.

**Vom Unterstand der Einzelnen.** Wir lesen folgende gegen die Sozialdemokratie gerichtete Satze:

„Ich verleihe mich nicht der Gefahr, die von dieser Seite der Freiheit droht. Der Ruf des Individualismus dringt noch nicht herab bis zu den Massen, er streift über sie noch hinweg. Zu lange wurde die Masse beherrscht, nun will sie herrschen. Zu viel wurde ihr von ihrer Souveränität vorgezwungen, und nun glaubt sie daran. Ihre Herrschaft kann nur so sein, wie sie selbst ist: unpersonlich, dumpf, blicklos, jede Individualität als geborenen Feind verfolgend.“

Wo findet sich dieser Erguß? In der „Post“, dem Blatt der mehr feudalen, oder der „Allgemeinen Zeitung“, dem Organ der mehr bürgerlichen Industriekapitalisten? Gut es Eugen Richter geschrieben oder irgend ein nationalliberaler Professor? ... O nein, es ist ein Auschnitt aus dem anarcho-socialistischen „Sozialist“, der wieder einmal beweist, daß der Anarchismus lediglich die Karikatur der heutigen Gesellschaft, daß er konsequenter Liberalismus ist, während der Sozialismus die Ueberwindung der heutigen Anarchie bedeutet.

Unsere herrschende Gesellschaft handelt sehr treulos, daß sie ihr eigenes Fleisch und Blut so schändlich verfolgt.

Das **Gemeindevermögen** sämtlicher 143 Städte im Königreich Sachsen betrug im Jahre 1896 nach Angaben des Igl. statistischen Bureaus zusammen 377 020 412 M. Ihm standen 215 486 658 M. Schulden gegenüber. Das Nettovermögen betrug demnach 161 533 754 M., oder auf den Kopf der 1 850 142 städtischen Einwohner berechnet, 87,20 M. Nicht mitgerechnet sind dabei Stiftungshospitäler, Sparcassen-Reservefonds etc.; rednet man diese 111 774 797 M. betragende Summe zum Nettovermögen, so kommt auf den Kopf 147,70 M. Seit 1893 ist das Vermögen der Städte — einschließlich der Sparcassen und Stiftungsgelder etc. — um 15,8 M. pro Kopf gestiegen, während die Schulden nur um 2 M. zugenommen haben.

## Fort mit dem „Vokal-Anzeiger“!

Das ist der Ruf, der jetzt allerorts von den Arbeitern erdrikt; und nicht nur hier, sondern auch in den Kreisen des Bürgerthums hat die Verhandlung, die den Arbeitern in der Necklasefirma Scherl zu Theil wurde, gereizte Enttäuschung hervorgebracht.

Die Folgen zeigen sich, die Abbestellungen, die auf das Blatt erfolgten, haben den fudigen Verleger betrogen, an alle Abkündigungen eine gebrauchte Postkarte zu senden, in der auf seine Rechtfertigung im „Vokal-Anzeiger“ hingewiesen wird. Diese Rechtfertigung ist aber kaum geeignet die Wankenden wieder zurückzuführen, denn bei allem Gehiß, das entfällt wurde, sieht doch jeder verständige Mensch, daß hinter der Rechtfertigung nichts als ein leerer Wortschwall steht und schließlich die Postkarte, daß die entlassenen Arbeiter wegen Zugehörigkeit zu einer Arbeiterorganisation gemahregelt wurden.

Vermögenswerth ist es, daß auch das Organ der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine der Agitation gegen den „Vokal-Anzeiger“ nicht unsympathisch gegenübersteht. Das Blatt schreibt:

„Der Verlierer parteilose „Vokal-Anzeiger“ wird gerade auch von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft durch Abonnements unterstützt. Wir sind sonst nicht für den Wohlth, wenn ein Verleger nicht mal duldet, daß die bei ihm beschäftigten Arbeiter ihrem Gewerksverein beitreten, dann sind wir auch dafür, daß dem Verleger einer solchen Zeitung die Freundschaft gekündigt wird.“

Wir sind überzeugt, das wird geschehen. Berliner Großunternehmer können doch nicht so ohne weiteres sich die Allianzen eines Stimmun aneignen, ohne in der Bevölkerung einer starken Opposition zu begegnen. Die Zahl derjenigen, die mit einer solchen die Arbeiter erniedrigenden Behandlung einverstanden sind, ist sehr gering, denn nur ein fanatischer Arbeiterfeind kann Zustände vertheidigen, die für die Arbeiter das Aufgeben jeder Selbstständigkeit bedeuten. Denn nicht nur in der Fabrik verfährt Herr Scherl als unumschränkter Gebieter, sondern auch außerhalb überwacht er peinlich das Verhalten seines Arbeiterpersonals, und nach berühmtem Muster, wird er durch ein Spionagesystem aufs beste unterrichtet. Zwar wurde ein Wischen stark aufgetragen, aber das gehört zum System, denn dieses System kann sich nicht halten ohne Uebertreibungen. Es erscheint geradezu unerhörte, daß ein Mann, dessen Unternehmen leider auch in Arbeiterkreisen viele Unterthänigkeit findet, es wagen dürfte, seinen Arbeitern über die Zugehörigkeit zu einer Arbeiterorganisation Vorschriften zu machen, und die Entlassung jedem androhte, der diesem Nachtgebot sich entgegenstellte.

Das ist ein Mißbrauch der Nachtmittel, die dem Unternehmer zu Gebote stehen, in ihm spricht sich eine so starke Mißachtung gegen die individuelle Freiheit des Arbeiters aus, daß ein Jeder, der die Rechte der Arbeiter schützen und wahren will, auf die Seite der gemahregelten Arbeiter treten muß. Und das parteilose Blatt dieses Unternehmers muß aus dem Kreis der Arbeiterfamilien verbannt werden, es gehört nicht in die Familie, wo noch der Sinn für Recht und Freiheit sich eine Stätte bewahrt hat.

## Gerichts-Beilage.

Das **Ergebnis einer Beschwerde über die Polizei**. Der Vorsitzende des VII. Polizeireviers in Charlottenburg, Polizeileutnant Heng, war bei seiner vorgelegten Behörde, dem Polizeipräsidenten, beschuldigt worden, einen finstlichen Betrücker Namens Heng diese Beschuldigung für falsch erklärt, so wurde gegen die beiden Unterzeichner der Anzeige, den Großdeputirten Josef Kleba und den Feilenhauer Paul Rabe Anklage wegen willkürlich falscher Anschuldigung erhoben. Die Angeklagten behaupteten mit voller Bestimmtheit, Augenzeugen der That gewesen zu sein, die sie zur Anzeige gebracht hätten. Am 27. Mai v. J. war ein total betrunkener Mensch, der Kaufmann Eichinger, auf der Wache des 7. Polizeireviers im Hause Kaiser Friedrichstr. 93 eingeliefert worden. Da die Wache keine geeignete Detentionszelle besitzt, sollte der Betrunkene nach der Zentralwache überführt werden. Der Transport erfolgte mittels einer Droßke, in welche zwei Schuttmänner den Betrunkenen beförderten. Nun will Kleba, der vor der Thüre seines in demselben Hause befindlichen Geschäftes stand, und Rabe, der neben ihm stand, gesehen haben, daß die beiden Schuttmänner den Betrunkenen unter den Armen trugen, während dessen Unterkörper auf dem Erdboden nachschleppte. Bei dieser Gelegenheit habe der Leutnant, der dabei stand, mit dem Fuße nach den Weinen des Besümmungslofen gestossen. Sie seien darüber empört gewesen, hätten eine schriftliche Anzeige an das Polizei-Präsidium aufsetzen lassen und hätten diese unterzeichnet und abgehandelt. Die beiden Schuttmänner, welche zuerst als Zeugen vernommen wurden, bestritten die Richtigkeit dieser Darstellung. Sie wollten den Betrunkenen in der Weise nach der Droßke getragen haben, daß ihr der eine unter den Schultern, der andere die Weine trug, so daß derselbe den Erdboden gar nicht berührte.

Ebenso der Leutnant. Ueber die Art, wie der Mann in die Droßke getragen worden ist, setzte sich selbst das Dienstbüchlein des Leutnants mit den beiden Schuttmännern in Widerspruch. Sie behauptete, nur der Oberkörper sei getragen worden, die Füße dagegen hätten auf der Erde nachgeschleppt. Andererseits behauptete sie, genau gesehen zu haben, daß der Leutnant nicht gestossen habe. Von drei jungen Mädchen, die aus geringer Entfernung den Vorfall beobachtet haben, behaupteten zwei mit positiver Bestimmtheit, sie hätten genau gesehen, wie der Leutnant mit dem rechten Fuße nach den Weinen stieß. Die dritte hatte nichts sehen können, weil sie kurzschichtig ist, doch belundete sie, ihre Erinnerungen hätten a tempo gerufen: „Jetzt sieht ihn der Leutnant gar noch mit dem Fuße!“ Vergeblich bemühte sich der Vorsitzende, diese Zeugen zu dem Geständnis zu bewegen, daß sie sich auch geirrt haben könnten, sie blieben dabei: „Wir haben es gesehen, er hat gestossen!“ Unter diesen Umständen war der Nachweis der „Wissenschaft“, welche eine objektive falsche Anschuldigung erst strafbar macht, schwer zu erbringen, der Staatsanwalt hielt aber doch, da er den Beugnissen der Entlassungszeugen leinerlei Werth beimah, die Angeklagten im Sinne der Anklage für schuldig und da die That eine sehr schwere sei, so beantragte er für Kleba sechs Monate, für Rabe zwei Monate Gefängniß. Der Vorsitzende machte nunmehr die Angeklagten auf den veränderten rechtlichen Gesichtspunkt aufmerksam, daß ihre That auch als Verleumdung im Sinne des § 186 des Strafgesetzbuches aufgefaßt und bestraft werden könne. Gegen eine derartige Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes verwarfte sich der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Leonhardt Friedmann mit voller Entschiedenheit. Er halte es juristisch für unhaltbar, in Fällen, wo die „Wissenschaft“ einer falschen Anschuldigung nicht nachweisbar sei, dem § 184 des Strafgesetzbuches mit dem § 186 zu Hilfe zu kommen. Eine Anzeige, die wider besseres Wissen“ erstattet worden sei, müsse bestraft werden, sei das „wider besseres Wissen“ nicht erwiesen, so habe einfach Freiprechung zu erfolgen. Trotz diesen Ausführungen nahm der Gerichtshof Verleumdung als vorliegend an und erkannte auf sechs bezw. vier Wochen Gefängniß. Der Verteidiger wird diese prinzipiell überaus wichtige Frage der Entscheidung des Reichsgerichtes unterbreiten.

**Entschädigung eines unschuldig Verurtheilten.** Welche Strungen und Wirrungen die Rechtsplege bisweilen durchzumachen hat, beweist die Angelegenheit des ehemaligen Steuererhebbers Drinmann, die fast drei Jahre die hiesigen Gerichte beschäftigt und gestern ein dem Angeklagten glänzendes Ende gefunden hat. Es handelt sich bei dem Falle Drinmann um ein höchst abstoßendes Familienbild, in welchem zwei Eheleute, die über dreißig Jahre mit einander verheiratet waren, plötzlich in erbittertem Kampfe einander gegenüber stehen und alle Mittel anwenden, um sich gegenseitig vor das Forum des Strafrichters zu bringen. Nachdem in diesem Kampfe die Frau Drinmann zunächst unterlegen war, wurde von dieser ein Hauptschlag ausgeführt: sie denutzte ihren Ehemann,

# Veranstaltungen.

Dass er versucht habe, eine weibliche Person zu einem Meineide zu bestimmen, um seine Ehefrau ins Zuchthaus zu bringen. Die Demütigung habe auch Erfolg. Drinmann stand im November 1896 unter der Anklage der Verleitung zum Meineide vor der Strafkammer. Nicht nur die Person, die er zu verleiten versucht haben sollte, sondern auch noch eine andere Person, die Ohrenzeugin gewesen sein wollte, sowie die eigene Ehefrau des Drinmann belasteten ihn unter ihrem Eide davor, dass seine Verurteilung zu zwei Jahren Zuchthaus erfolgte. Drinmann wanderte auch in das Zuchthaus und hat über ein Jahr darin zugebracht. Dann wurde er vorläufig auf freien Fuß gesetzt, weil sich inzwischen die Situation zu seinen Gunsten verändert hatte, und es nicht unwahrscheinlich erschien, dass ein von ihm betriebenes Wiederaufnahmeverfahren Erfolg haben würde. Gestern fand nun nach verschiedenen Zwischenfällen die erneute Verhandlung gegen Drinmann statt. Sie hatte das Ergebnis, dass der Staatsanwalt die Aufhebung des ersten Urteils und die Freisprechung des Angeklagten beantragte. Der Verteidiger ging in seinen Anträgen viel weiter. Er wies darauf hin, wie gerade der vorliegende Fall dazu angethan sei, das Gesetz vom 1. Mai v. J. betreffend Entschädigung unschuldig Verurthelter zur Anwendung zu bringen, denn es könne wohl kaum ein unschuldiger Mann schwerer gelitten haben als der Angeklagte. Der Gerichtshof fällt ein freisprechendes Erkenntnis mit der Begründung, dass kein begründeter Verdacht vorliege, dass der Angeklagte sich der Verleitung zum Meineid schuldig gemacht habe. Es seien deshalb auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auferlegt worden, und sei dem Angeklagten, der 13 Monate unschuldig in Untersuchungshaft und im Zuchthause gefesselt habe, auch das Recht zugesprochen, die Entschädigungsansprüche nach Maßgabe des Gesetzes vom 1. Mai 1898 geltend zu machen.

**Eine für Musikerkreise interessante Verhandlung** hat kürzlich vor der 25. Zivilkammer des Landgerichts I stattgefunden. Der Verein der Berliner Musiker hatte neun seiner Mitglieder aus dem Verein ausgeschlossen, weil sie trotz mehrfacher Warnung bei dem Kapellmeister Meyder Beschäftigung angenommen und angeblich dadurch die Interessen des Vereins geschädigt hätten. Hiergegen hatten die neun Musiker Einspruch erhoben und richterliche Entscheidung beantragt. Im Termine wurde der beklagte Verein durch Rechtsanwalt Leopold Meyer, die klägerische Partei durch Rechtsanwalt Steinmetz vertreten. Als richtig wurde von beiden Seiten anerkannt, dass die Kläger bei den ersten fünf Konzerten, die Kapellmeister Meyder im September 1898 in der Brauerei Friedrichshain veranstaltet hatte, mitgewirkt hätten. Sie erhoben dagegen den Einwand, dass sie nicht etwa bei Meyder ein dauerndes Engagement angenommen hätten, sondern nur aus Hilfsweise von Tag zu Tag angenommen und allabendlich für ihre Leistungen bezahlt worden seien, und zwar mit einem höheren Satz als durch den Vereinstarif festgesetzt sei. Der beklagte Verein ließ dagegen folgende Einwände erheben: Meyder habe stets nur aus Spekulationsinteresse und ohne jede Rücksicht auf künstlerische Leistung, sowie auf die soziale Stellung und das Wohl der von ihm engagierten Musiker bei seinen Unternehmungen gehandelt. So habe er das Berliner Konzerthaus, das sich unter dem früheren Leiter Hilfe allgemeiner Beliebtheit erfreut habe, in kurzer Zeit dadurch heruntergebracht, dass er die tüchtigsten Kräfte durch Ausfänger ersetzte und den Mitgliedern seines Orchesters sehr geringe Gagen zahlte und diese auch noch dadurch kürzte, dass er monatlich noch einen Teil für eine Kaufon, welche er verlangte, abgab. Als nach den dadurch verursachten Misserfolgen das Konzerthaus anderweitig vermietet worden sei, habe er mit seiner Kapelle ein anderes Lokal aufsuchen müssen und dort sehr bald ein tägliches Fiasko erlitten. Darauf sei er plötzlich nach Schweden zur Annahme eines Engagements gegangen und habe die Mitglieder seines Orchesters in hilfloser Lage zurückgelassen, auch die Rationen erst nach Vetreitung des Klagenweges zurückbezahlt. Im Mai 1897 habe Meyder wiederum ein Orchester zusammengestellt unter dem Vorbehalte, dass er in Warschau Engagement habe. Dies sei aber nicht zu Stande gekommen und viele Musiker, welche mit ihren Familien nach Warschau übergesiedelt seien, wären dort in die größte Noth gerathen. Der beklagte Verein, dessen Zweck die Hebung und Sicherung der geistigen und materiellen Interessen und dadurch der gesellschaftlichen Stellung des Musikerstandes sei, habe es deshalb als seine Pflicht angesehen, zu verhindern, dass ein Mitglied des Vereins wieder ein Engagement bei Meyder annähme. Trotz aller durch das Verbandsorgan erfolgten Warnungen seien die Kläger gewesen, die Meyder das Aufkommen in Berlin erst wieder möglich gemacht hätten, denn Meyder hätte nur minderwertige Künstler gehabt, welche ohne den Beitritt der Kläger, bewährter Künstler, ein Konzert in Berlin nicht hätten geben können. Der Gerichtshof erachtete alle diese Einwände nicht für stichhaltig. Ein schuldhaftes Schädigen der Vereinsinteressen sei in dem Verhalten der Kläger nicht zu finden. Selbst wenn der beklagte Verein mit Recht in dem Kapellmeister Meyder nur den gewissenlosen, auf Ausbeutung der von ihm abhängigen Kräfte bedachten Unternehmer sehen sollte, und sein Aufkommen in Berlin deshalb mit Recht verhindern wollte, so könne doch allein auf Grund des vorhandenen Thatbestandes ein Handeln wider die Vereinsinteressen in dem Annehmen eines Engagements bei jenem vom Standpunkte des Rechts aus nicht gefunden werden. Wenn der einzelne Musiker — heißt es in dem Erkenntnis — ein Engagement annimmt, wie er es findet, gleichgültig, ob er Noth leidet oder nicht, so ist das kein aus dem Rechte der freien Selbstbestimmung fließendes Recht. Der Beschluss sei daher aufzuheben.

**Zu dem Thema der Ausschließung aus einer eingeschriebenen Hilfskasse** befaßt ein in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ veröffentlichtes Erkenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts u. A. Folgendes: Der Beschluß des Vorstandes einer eingeschriebenen Hilfskasse, ein Mitglied wegen Nichtzahlung der Beiträge aus der Kasse auszuschließen, wird nicht sofort mit der Fassung des Beschlusses wirksam, sondern es bedarf zur Wirksamkeit eines solchen Beschlusses an sich noch einer Mittheilung an den Ausgeschlossenen. Für die hiernach grundsätzlich erforderliche Mittheilung bedarf es freilich nicht der förmlichen Zustellung, indessen kann ein erster, durch das Mitglied selbstverschuldet erfolgloser Versuch, ihm den Ausschluß mitzutheilen, noch nicht als der wirklichen Mittheilung gleichend erachtet werden, da er leicht und mit besserem Erfolge hätte wiederholt werden können. Immer muß von der Kasse für die Mittheilung an das Mitglied und deren Ausführung ein solches Maß von Thätigkeit und Sorgfalt verlangt werden, wie es sich billigerweise von ihr nach den allgemeinen Lebens- und Verkehrsverhältnissen und nach den besonderen Umständen des einzelnen Falles erwarten läßt.

**Ablon u. Drefsel.** Der Restaurateur Ablon hatte nach der Uebernahme des Restaurants von Drefsel keine besondere Konzeption nachgeschaut und auch nicht den Gewerbetreibenden neu zur Steuer angemeldet. Er erhielt deshalb eine Anklage wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung und gegen das Gewerbesteuer-Gesetz, woraus ihn das Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 300 M. verurtheilte. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein und machte geltend, der Angeklagte hätte nach dem Gewerbesteuer-Gesetz zum doppelten Betrage der Jahressteuer, hier zu 1060 M. verurtheilt werden müssen. Das Landgericht erlaubte dann auch demgemäß. Während Ablon sich bei dem Urtheil beunruhigte, legte jetzt die Staatsanwaltschaft zu seinen Gunsten Revision beim Kammergericht ein. Der Strafenrat gab gestern der Revision statt und ermächtigte die Strafe wieder auf 300 M. Zur Begründung führte der Präsident aus, daß nach § 147 der Gewerbe-Ordnung nicht auf eine besondere Steuerstrafe zu erkennen sei, wenn, wie hier, die Zuwiderhandlung gegen ein Steuergesetz in einem Gewerbepolizei-Vergehen enthalten sei. Allerdings sei auf das Steuervergehen bei der Strafzumessung Rücksicht zu nehmen, was im Falle Ablon durch Anwendung der höchstzulässigen Strafe des § 147 geschehen sei.

**Der Textilarbeiter-Verband (Filiale I)** hielt am 23. Januar eine Versammlung ab, in der nach dem Bericht des Vorstandes über die Thätigkeit des Verbandes im Jahre 1898 der Kassenericht verlesen wurde. Danach betrug im vierten Quartal die Einnahme 823,67 M., die Ausgabe 633,32 M. Dem Kassierer wurden 25 M. als Entschädigung gewährt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Vöigt, erster Vorsitzender; Döring, zweiter Vorsitzender; Briefert, erster Schriftführer; Herzberg, zweiter Schriftführer; Korn, erster Kassierer; Luchnat, zweiter Kassierer. In die Jagdcommission wurden gewählt: Kurze, Neumann, Quast, Reubert und Steiniger, zu Revisoren: Burghardt, Fahner und Vast. Hierauf fand eine Besprechung über den Verlauf des Streiks bei der Firma Guttfeld u. Komp. statt. Der Ausstand ist am 23. Januar der auswärtigen Kollegen, welche den Jung ferngehalten haben, anerkannt. Auch sprechen die Mitglieder für die materielle Unterstützung ihren Dank aus. Sodann werden dem Krefelder Webers 50 M. bewilligt und der Vorstand ermächtigt, nach Bedarf weitere 50 M. abzugeben. Im Anschluß hieran gelangte folgender Antrag zur Annahme: Die Mitglieder verpflichten sich, so lange der Streik in Krefeld dauert, einen wöchentlichen Beitrag für die Ausständigen zu entrichten.

**Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung**, einberufen von der Gewerkschaft der Buchdrucker, tagte am Donnerstag in den Armishallen. Der Referent Rügler verurtheilte mit großer Entschiedenheit den Terrorismus des Herrn Scherl gegenüber den Mitgliedern des Buchdrucker-Verbandes und sprach seine ungetheilte Anerkennung hinsichtlich des Streiks im „Lokal-Anzeiger“ aus. Bedauerlicherweise hielt der Redner es aber für angebracht, jetzt, zu einer Zeit, wo seine Verbandskollegen, unterstützt von der gesamten Arbeiterschaft, im Kampfe gegen den Scherl'schen Terrorismus stehen, die leidigen Streitigkeiten zwischen dem Verband und der Gewerkschaft eingehend zu erörtern und den Verband zu beschuldigen, er terrorisiere die Mitglieder der Gewerkschaft, indem die Verbandsleitung es dulde, daß ihre Mitglieder der Gewerkschaftler aus der Arbeit bringen. Ebenso wie der Referent beschäftigte sich auch die Diskussionsredner fast nur mit den internen Angelegenheiten der Buchdrucker. Von dem Streik im „Lokal-Anzeiger“ war nur nebenbei die Rede. Schließlich gelangte eine Resolution zu Annahme, in der das Verhalten des Herrn Scherl entschieden verurtheilt wurde, und das Verlangen an die Arbeiter gestellt wurde, den „Lokal-Anzeiger“ nicht zu abonnieren.

**Die Rifenmacher** hielten am 23. Januar ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Kassierer gab die Abrechnung, welche einen Ueberschuß von 53,90 M. ergab. Das Gesamtvermögen beträgt 488,30 M. Der Jahresbericht des Vorstandes wurde mit Beifall aufgenommen und daraus ersehen, daß von sämtlichen Kollegen zur 50 pCt. organisiert sind. Sodann wurden den streikenden Webern in Krefeld sowie den streikenden Glasarbeitern je 50 M. bewilligt. Bekannt gegeben wurde noch, daß am 5. Februar eine Mitgliederversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse stattfindet und wurden die Mitglieder der betreffenden Klasse aufgefordert, sich zahlreich zu betheiligen. Zum Schluß verpflichteten sich noch die Anwesenden, kräftig dafür zu agitieren, daß der „Lokal-Anzeiger“ aus den Wohnungen der Arbeiter verbannt wird.

**Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend.** Eine Ansichtung des Bundes fand am 22. Januar statt. Zur Aufnahme hatten sich gemeldet die Vereine: Moabit Liederkanz, Gesangverein der Gastwirthschaftsgehilfen, Gesangverein der Putzer und Gesangverein Rothenoth. Die drei ersten Vereine wurden aufgenommen, während der letztere, da derselbe nicht vertreten war, zurückgestellt wurde. Der zweite Kassierer Meyer gab die spezialisirte Abrechnung vom Sängerfest. Demnach steht einer Gesamt-Einnahme von 487,50 Mark eine Gesamt-Ausgabe von 2201,00 Mark gegenüber; verbleibt somit ein Ueberschuß 2176,50 Mark. Diese Abrechnung ist von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden. Laut Zirkular des Ausschusses der „Viedergemeinschaft“, welches jedem Vertreter zugestellt ist, ergab die Abstimmung, betreffs Einführung einer „Arbeiter-Sänger-Zeitung“, folgendes Resultat: An der Abstimmung betheiligten sich 559 Vereine mit 22148 Mitgliedern. Für Einführung stimmten 2346 Mitglieder, gegen 10265 Mitglieder. Es ist demnach die Einführung einer Sängers-Zeitung abgelehnt. Der Vorsitzende rügte den Indifferentismus einiger Vereine des hiesigen Bundes, indem dieselben eine Abstimmung über eine so wichtige Frage nicht für nöthig gehalten und die Formulare nicht eingekandt hatten. Auf Vorschlag des Vorstandes ist der Beschluß gefaßt, am 18. März einen Wiederabend verbunden mit Konzert und Deklamation zu veranstalten. Außer den ausgelassenen Vereinen wird ein aus den Bundesvereinen zusammengesetzter Sonderchor gesanglich mitwirken. Auf Antrag wurden folgende Gelder bewilligt: für die Krefelder Weber 200 M., für die Samariter-Kolonie 150 M., für die Viedergemeinschaft 100 M. Einige weitere diebezügliche Anträge wurden abgelehnt.

**Der sozialdemokratische Arbeiterverein in Spandau** hörte in seiner Mitgliederversammlung am Dienstag einen Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wandert-Apolda über das Thema: „Schutzoll oder Freihandel?“ Redner führte aus, daß die Stellung der Arbeiter zu dieser Frage in den verschiedenen Kulturländern auch eine verschiedene sei. Er schilderte die Entwicklung des Zollsystems von der Raubritterzeit an, und bewies durch zahlreiche Beispiele, daß einzig und allein der Konjunktur, und das ist in hervorragendem Maße der Arbeiter, unter den Schutz-zöllen zu leiden habe, und daß diese indirekte Besteuerung die Tendenz zeige, den größten Theil der direkten Steuern von den kapitalfrühtigen Staatsangehörigen ab- und auf die Schultern der „Arbeits-bienen“ zu wälzen. Dies beweise in erster Linie die ungeheure Steigerung der Reichseinnahmen aus indirekten Steuern in den letzten 20 Jahren. Die Sozialdemokratie trete für vollkommenen Freihandel ein; allerdings sei es heute noch nicht möglich, die Schutzzölle mit einem Schläge abzuschaffen und den Freihandel einzuführen. Ausdamm schilderte Genosse Kieger die bekannten Vorgänge in der Drucker des „Berliner Lokal-Anzeiger“; auf seinen Antrag nahm die gut besuchte Versammlung folgende Resolution an: „Die Versammlung schließt sich in der Berliner Volksversammlung am 22. Januar d. J. gefaßten, gegen das arbeiters-feindliche Verhalten des „Berl. Lokal-Anzeiger“ gerichteten Beschlüssen voll und ganz an und erklärt es für selbstverständliche Pflicht der Spandauer Arbeiterschaft, diese Beschlüsse streng zu be-achten und mit aller Macht dafür zu sorgen, daß endlich dem Zeitungsunternehmer Scherl die nöthige Achtung vor dem gesetzlich gewährtesten Koalitionsrecht der Arbeiter beigebracht werde.“ Schließlich theilte der Vorsitzende Dusch mit, daß die Bekanntmachung der Vereinsversammlungen nicht mehr durch Handzettel, sondern durch Inserat im „Vorwärts“ und der „Brandenburger Zeitung“, sowie durch einen redaktionellen Hinweis im lokalen Theil dieser beiden Parteizeitungen bekannt gemacht werde.

**In der Volksversammlung in Schöneberg**, die am Donnerstag stattfand und namentlich von Frauen stark besucht war, referierte Kassiani über den Ausstand der Buchdrucker im „Berliner Lokal-Anzeiger“. Redner schilderte, vielfach von Beifall unterbrochen, in ausführlicher Weise die Ursache und den bisherigen Verlauf des Ausstandes.

Obst und Meiling ergänzen einige Ausführungen des Redners und weisen darauf hin, daß am Sonntag früh 7 Uhr die Flugblattvertheilung stattfindet. Hierauf wurde die bereits bekannte Resolution einstimmig angenommen. Rummert erstatteten die beiden Stadtverordneten Obst und Kasu den Bericht über ihre, bezw. die Thätigkeit der Stadtverordneten-Versammlung im verfloßenen Jahre. Leider sei der Einfluß der 2 sozialdemokratischen Vertreter ein äußerst geringer, der sich nur auf Proteste gegen das herrschende System

beschränken kann, da nicht einmal selbständige Anträge unserer Genossen von den bürgerlichen Vertretern unterjocht werden. Obwohl Schöneberg bereits 80 000 Einwohner habe, sei das so oft beantragte Krankenhaus sowie eine Badeanstalt noch immer nicht vorhanden. Rühlich sei es mit der Schlachthausfrage, die in der Weise geregelt werden sollte, daß die Stadt ein eigenes Schlachthaus erbaue, anstatt es einem Privatunternehmer zu übertragen. Den Wünschen um Verbesserung des Schulwesens, bezw. der Einrichtung von obligatorischen Fortbildungsschulen, sei trotz der vielen Ver-sprechungen keine Folge gegeben. Ueber die Einrichtung eines städtischen Arbeits-Nachweises sei noch keine Entscheidung erfolgt. Die Eingemeindung Friedenau's werde voraussichtlich in nächster Zeit erfolgen. Die Anstellung von städtischen Lehrern, Einführung der Fleischauswahl, Verbesserung der Lehrergehälter lasse immer noch auf sich warten. Die Einrichtungen der Straßenbahn und das öffentliche Anschlagswesen sei trotz vielfacher Beschwerden seitens unserer Vertreter immer noch ungenügend. Die Petition der Buchdrucker, des Inhalts, daß die städtischen Druckarbeiten nur bei tarif-treuen Buchdruckern hergestellt werden sollen, werde in nächster Zeit behandelt und voraussichtlich in bejahendem Sinne entschieden werden. An die beiden mit Beifall aufgenommenen Berichte knüpfte sich eine längere Diskussion, an der sich Hoffmann, Schubert, Köster und Knüpfer betheiligten, indem sie in ergänzenden Ausführungen u. A. insbesondere auf das sozialdemokratische Gemeindeprogramm sowie auf die Wohnungsvertheuerung hinwiesen. Um aber über all' diese Fragen eingehender verhandeln zu können, gelangte infolge der vorgelegten Zeit ein Antrag zur Annahme, daß für diesen Zweck später eine besondere Parteiversammlung stattfinden soll. Baumeler als Parteiprediger theilt mit, daß sich der Abonnementkreis auf die Parteiblätter wie namentlich „Vorwärts“, „Freie Stunden“ u. vergrößert, aber immer noch nicht den erforderlichen Umfang angenommen habe. Es sei mithin nur ein geringer Ueberschuß zu verzeichnen. Die Gesamteinnahme im vorigen Quartal betrug außer einem Bestand von 129 M. 3819 M., die Ausgabe 3808 M., so daß ein Bestand von 140 M. verbleibt, wovon 100 M. dem Referendats überwiegen wurden. Nachdem Meiling namens der Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bekundet, wird dem Parteiprediger Entlastung ertheilt. Als Revisoren werden auf Reue Hoffmann, Meiling und Spittel ernannt.

**In Groh-Lichterfelde** fand am Mittwoch eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen statt. An Stelle des am Erscheinen verhinderten Abgeordneten Rubell hielt Genosse Grempe einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die Lage der arbeitenden Klasse“. Redner forderte zum Anschluß an die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen auf. In der Diskussion wurde das Verhalten des Zeitungsherrn Scherl einer herben Kritik unterzogen und die Resolution der Berliner Volksversammlung in dieser Sache einstimmig angenommen. Unter Verschiedenem theilte ein Maurer seine Erfahrungen mit der Lichterfelder Polizei mit. Er sei — so führte er aus — mit noch zwei Kollegen nach einem Baum Augustaplag gegangen, um dort Arbeit zu bekommen. Unterwegs kam der Gemeinbediener Cornelius zu ihnen und fragte: Wo wollt Ihr denn hin? Auf die Antwort, daß sie Arbeit suchen gingen, soll, wie Redner behauptete, Herr Cornelius erklärt haben: Euch kennt man schon, Ihr wollt nur nicht arbeiten, und wenn Ihr noch mal auf der Straße angetroffen werdet, passiert etwas Anderes. Auf dem Augustaplag erschien alsdann der Gemeinbediener Günter und forderte sie auf, den Platz zu räumen und weiter zu gehen. Da sie aber auf den Reifer warteten und der Aufforderung nicht Folge leisteten, wurden sie von dem Gemeinbediener notirt. Zwei der Betheiligten gingen dann noch dem Kante, um sich dort über den Beamten zu beschweren. Der Herr Kommissar Mohr entschuldigte das Vorkommniß und gab dabei seiner Bewunderung Ausdruck, daß der eine der Beschwerdeführer überhaupt noch Arbeit in Lichterfelde bekomme. Auf die Antwort, daß er event. Arbeit erhalten hätte, wenn der Gemeinbediener notirt. Zwei der Betheiligten gingen dann noch dem Kante, um sich dort über den Beamten zu beschweren. Der Herr Kommissar Mohr entschuldigte das Vorkommniß und gab dabei seiner Bewunderung Ausdruck, daß der eine der Beschwerdeführer überhaupt noch Arbeit in Lichterfelde bekomme. Auf die Antwort, daß er event. Arbeit erhalten hätte, wenn der Gemeinbediener ihn nicht gehindert hätte, erwiderte Herr Mohr: Wenn Sie arbeiten wollen, dann gehen Sie nach dem fulge'chen Bau (dort war nämlich die Arbeit eingestellt worden). Die ehrlöse Rolle eines Streibbrechers habe er (Redner) natürlich abgelehnt. Pechel wies noch auf die Bedeutung der im März stattfindenden Gemeinwahlen hin und forderte zur Einschaltung der Wählerlisten auf, die nur noch bis zum 30. d. M. auf dem Rathhause, Zimmer 8, anliegen.

## Der § 14 im österreichischen Abgeordnetenhause.

**Wien, 27. Januar.** Abgeordnetenhause. Nach einer Reihe namentlicher Abstimmungen schreitet der Präsident zum Schluß der Sitzung. Sozialdemokrat Dajinski ergreift das Wort und sagt, daß einzige Mittel zur Sanierung der gegenwärtigen unhaltbaren parlamentarischen Lage sei die Aufhebung des § 14, um der Regierung die Waffen aus der Hand zu nehmen. Redner verlangt die sofortige Verhandlung der diesbezüglichen Dringlichkeitsanträge. Gegen den Abg. Dajinski meldet sich der Jungtscheche Abg. Dr. Kramarcz zum Wort. (Lärm und Zwischenrufe links.) Unter stetem Tumult auf der Bank und Beifall auf der Rechten fährt Kramarcz aus, der Antrag Dajinski sei geschäftsordnungs-widrig, die Schuld an der Fruchtllosigkeit der parlamentarischen Verhandlungen trage die Linken. Der § 14 sei das einzige Mittel, um die staatlichen Funktionen aufrecht-zuhalten. Während der Rede des Abg. Kramarcz ist Beifall-klauschen in der Journalistenloge rechts vernehmbar. Deutsche Abgeordnete rufen gegen die Journalistenloge gegendert: „Hinaus mit diesem Journalisten!“, als welchen man den anwesenden Korrespondenten der „Karodni List“ bezeichnet. Einige deutsche Abgeordnete eilen in die Journalistenloge und fordern denselben auf, sich zu entfernen. Dieser weigert sich jedoch. Inzwischen eilen einige czechische Abgeordnete in die Journalisten-loge. Es kommt im Korridor zu einem heftigen Wortwechsel und sodann zu einem Handgemenge, bis der Ordner, Abg. Graf Vetter, die Streitenden von einander trennt. Die Sitzung wird unter großen Lärm geschlossen. Nächste Sitzung Dienstag.

Nach Schluß der Sitzung entspann sich auf dem Korridor des Abgeordnetenhause infolge des Eingreifens des Abgeordneten Wolf eine mehrere Minuten dauernde regelrechte Schlägerei. Abgeordneter Wolf soll geschlagen worden sein; Abgeordneter Pospichil hätte ge-blutet. Nach dem Schluß der Sitzung wurde ein Protokoll auf-genommen und die Augenzeugen verhört.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Budapest, 27. Januar.** (W. S.) Es soll jetzt Aussicht vor-handen sein, daß die Kompromißverhandlungen zu einer Ver-söhnung führen werden. — Geheimrath Szell erklärt die Nachricht, daß er bei seiner Anwesenheit in Wien mit dem deutschen Botschafter konferirt habe, für unwichtig.

**Paris, 27. Januar.** (W. S. O.) (Prozeß Henry-Reinach.) Der Gerichtshof erkannte schließlich, die Beschwerde Labori's gegen die Ablehnung seines Verdagungsantrages habe aufschiebende Wirkung. Der Prozeß Henry gegen Reinach ist somit verlag.

**Paris, 27. Januar.** (W. S. O.) (Deputirtenkammer.) Caselin wünscht die Regierung zu interpellieren, ob sie gedenke, der Kriminalkammer des Kassationshofes die Revision des Dreyfus-Prozesses zu entziehen. Ministerpräsident Dupuy fordert Ver-tagung der Interpellation um einen Monat. Caselin erklärt sich damit einverstanden.

**Kraun, 27. Januar.** (W. S.) Auf einem Kommerz der hiesigen Studentenschaft wurde beschlossen, Protest gegen das unnothige System der Verfolgung von Männern der Wissenschaft wegen ihrer politischen Ueberzeugung, insbesondere wegen der Entfernung des Prof. Courtenay von seiner hiesigen Lehrkanzel, einzulegen.

Literarische Rundschau.

Kautsky's Agrarfrage.

Karl Kautsky, Die Agrarfrage. Eine Uebersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie. Stuttgart, J. G. B. Metz Nachf., 1899. VIII und 452 Seiten Gr.-Oktav. Brosch. 5 M., gebd. 6,50 M.

Als vor drei Jahren die auf dem Frankfurter Parteitag eingesehte Agrarcommission mit ihren Programm-Entwürfen hervortrat, zeigte sich sofort in den Erörterungen unserer Parteipresse wie auch später in den Debatten auf dem Dresdener Parteitag, daß mit den aufgestellten Vorschlägen in eine Materie hineingegriffen sei, über welche selbst unter den bestunterrichteten Genossen völlig verschiedene, sich gegenseitig ausschließende Auffassungen existierten. Zum Theil fanden diese Meinungsverschiedenheiten ihre Erklärung in der Verschiedenartigkeit der landwirtschaftlichen Verhältnisse und des Charakters der ländlichen Bevölkerung, durch deren Beobachtung die einzelnen Theilnehmer an der Diskussion vornehmlich ihre Ansichten gebildet hatten, doch bestand auch betreffs der theoretischen Grundfragen, der Tendenzen der modernen landwirtschaftlichen Entwicklung, der speziellen Formen der Betriebs- und Kapitalkonzentration, nirgends Uebereinstimmung. Es fehlte, wie sich bald genug ergab, an einem gemeinsamen theoretischen Boden, an einem grundlegenden Werk, das vom sozialistischen Standpunkt aus die landwirtschaftliche Entwicklung und die in dieser zum Durchbruch kommenden Tendenzen und Erscheinungen darlegt und analysirt. Vereinzelt finden sich zwar in Marx' ökonomischen Schriften manche werthvolle Äußerungen über landwirtschaftliche Verhältnisse, aber diese, wie auch die ausführliche Behandlung der Grundrente im dritten Bande des „Kapitals“, beschränken sich denn doch zu sehr auf einzelne bestimmte Seiten der Frage, als daß sie zur theoretischen Unterlage im Meinungsstreit ausreichen könnten. Uebrigens aber sind seitdem in der Landwirtschaft ökonomische Erscheinungen aufgetaucht, die durchaus im Widerspruch mit der Marx'schen Entwicklungstheorie zu stehen scheinen. So waren die Sozialisten zur Ergänzung ihrer eigenen Beobachtungen auf die in den letzten beiden Jahrzehnten übermäßig aufgeschwollene bürgerliche und halbfeudale Literatur über die Bewegung der Agrarentwicklung angewiesen. Diese Literatur aber ist zumeist einseitige Parteiliteratur, bestimmt zur Unterfütterung der Bestrebungen der verschiedenen landwirtschaftlichen Interessentengruppen oder zur Förderung sogenannter staatspolitischer Zwecke. Manche der Schriften verdanken sogar ihr Entstehen einer direkten Anregung solcher Interessentengruppen.

Zur Ausfüllung dieser in unserer Partei-Literatur vorhandenen Lücke ist die vorliegende Schrift Kautsky's bestimmt, der bekanntlich sowohl in der Presse, als auf dem Dresdener Parteitag gegen das vorgelegene Agrarprogramm in allerorderster Reihe sprach, und zwar mag hier gleich erklärt werden, daß er seine selbstgestellte Aufgabe in einer Weise gelöst hat, die seinem Werk unzweifelhaft einen Platz unter den hervorragendsten Leistungen der sozialistischen Literatur sichert.

Die Methode, die Kautsky in seiner Untersuchung befolgt, ist die entwickelnde - historische. Enquieten und statistische Aufstellungen über den gegenwärtigen Stand der Landwirtschaft giebt es zur Genüge. Was noch fehlt, ist nicht diesen meist überreich mit statistischen Tabellen besetzten Schriften noch eine weitere gleichartige hinzuzufügen, sondern die treibenden Kräfte zu enthüllen, welche hinter den heute vorhandenen Verhältnissen stehen, darzulegen, wie diese sich geschichtlich entwickelt haben, durch welche Ursachen sie hervorgerufen sind und in welcher Weise sie sich gegenseitig bedingen. Und diese Richtung schlägt denn auch Kautsky mit seiner Untersuchung ein. Sein Ziel ist, die in der agrarwirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrhunderte wirksam gewesenen verschiedenartigen Tendenzen nachzuweisen in ihrer Abhängigkeit von der allgemein-wirtschaftlichen Entwicklung und so aus dem bisherigen Entwicklungsgang einen Ausblick zu gewinnen auf den ferneren Verlauf. An statistischem Material bietet Kautsky's Werk im Vergleich zu manchen Schriften der bürgerlichen Ökonomen relativ wenig, obgleich die Ergebnisse der Enquieten sorgfältig beachtet sind; und wo solches Material ausgenommen ist, da dient es nicht dazu, um allerley vage Folgerungen zu ziehen, sondern nur gewissermaßen zur Verjüngung der durch die entwickelungs-technische Untersuchung gewonnenen Resultate. Die Marx' „Kapital“ ist deshalb auch Kautsky's „Agrarfrage“ in erster Linie ein historisches Werk; selbst dort, wo es theoretische Erörterungen bietet, wie z. B. im fünften Kapitel über die Differential- und absolute Grundrente, den Bodenpreis etc. Man kann es mit Recht ein Stück theoretische Wirtschaftsgeschichte nennen.

Seine eigentliche Untersuchung beginnt Kautsky mit einem Ueberblick über die Landwirtschaft der Feudalzeit, und zwar der späteren markgenossenschaftlichen Betriebsform unter dem Dreifelder-system. In knapper Fassung schildert er die damalige Anbauweise und die für den Selbstgebrauch produzierende bäuerliche Wirtschaft und zeigt dann, wie einerseits durch die Aneignung von Wald, Weide und Feldanteilen seitens der Grundherren, andererseits durch die mit der Volkserwerdung steigende Nachfrage nach Grund und Boden, durch Entstehung der städtischen Industrie und der damit zusammenhängenden Entwicklung des Geldwesens die bäuerlich-landwirtschaftliche Produktion für den Eigenbedarf nimmermehr zur Waarenproduktion für städtische Märkte wird, bis schließlich die neu-entstandenen Marktdürfnisse das überkommene Betriebsystem mit seiner Feldgemeinschaft und seinem Fuzzwang sprengen. Damit wird die Bahn frei für die waarenproduzierende kapitalistische Landwirtschaft. Die mit ihrem Vordringen verbundene Umwälzung des bisherigen landwirtschaftlichen Betriebes: Vergrößerung der Viehhaltung, Uebergang zur Fruchtwechselwirtschaft, Durchführung einer weitgehenden Arbeitsteilung, Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen und künstlicher Dünger etc., behandelt Kautsky eingehend in einem besonderen Kapitel und untersucht darauf im Anschluß an die Marx'sche Werththeorie den ökonomischen Charakter der neuen Landwirtschaft, speziell die Tendenzen der Differential- und der absoluten Grundrente und die von ihr abhängige Bodenpreisbildung. Dies letztere Kapitel gehört zu den besten Partien des Buches. Nicht weil der Verfasser dort eigentlich Neues bringt, im Gegentheil, seine Darstellung lehnt sich streng an die betreffenden Abschnitte des „Kapitals“ an, sondern weil Kautsky es verstanden hat, die äußerst schwierige Materie so einfach, man möchte fast sagen natürlich darzustellen, daß sie auch dem, der sich mit Marx' ökonomischen Theorien noch nicht beschäftigt hat, unbedingt sofort verständlich werden muß.

Die folgenden Kapitel VI - VIII, denen auch das IX. und X. über „die wachsenden Schwierigkeiten der waarenproduzierenden Landwirtschaft“ und über „die überfeine Lebensmittelkonturrenz“ zugezählt werden kann, erörtern die vielumstrittene Frage, ob ebenso, wie in der Industrie, auch in der Landwirtschaft der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen ist, und demnach sich auch in dieser die Tendenz zur Akkumulation und Betriebskonzentration geltend macht. Der Verfasser schlägt in der Behandlung dieses Problems theilweise neue Wege ein. Bürgerliche Ökonomen gehen in ihren Versuchen zur Beantwortung dieser Frage gewöhnlich von der Verschiebung der Größenverhältnisse der Betriebe aus, während die sozialistische Auffassung meist in der zunehmenden Verschuldung des Bauern das vorwärtstreibende Element sieht. Dagegen sucht Kautsky die Richtung des landwirtschaftlichen Entwicklungsprozesses nicht aus der Betrachtung der landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse für sich zu erkennen, sondern aus der Untersuchung dieser Verhältnisse in ihrer kausalen Abhängigkeit von der industriellen Entwicklung.

In fast allen Zweigen der Landwirtschaft findet Kautsky eine Ueberlegenheit des Großbetriebes. Die in manchen Gegenden statistisch nachgewiesene Fähigkeit des mittel- und Kleinbäuerlichen Betriebes führt er mit Recht theils auf die Unterkonsumtion und Ueberarbeit in den kleineren bäuerlichen Wirtschaften zurück, vor allem auf die rücksichtslose Ausnutzung der Arbeitskraft der jugendlicheren Familienmitglieder, theils auf das Betreiben einer Nebenbeschäftigung neben dem landwirtschaftlichen Hauptberufe. Allerdings kommt diese Ueberlegenheit des Großbetriebes, die durch das bäuerliche Genossenschaftswesen noch theilweise verringert, aber nicht aufgehoben werden kann, nicht in der Praxis immer in einer Betriebskonzentration zum Ausdruck, da andere Tendenzen dieser entgegenwirken. Um einen landwirtschaftlichen Großbetrieb zu bilden, müssen erst eine Anzahl Kleinbetriebe angefaßt werden; und nicht nur das, diese zu vereinigenden Kleinbetriebe müssen auch eine zusammenhängende, für die Bewirtschaftung im Großen geeignete Fläche bilden; Bedingungen, die nur relativ selten vorhanden sind. Dann aber hat die räumliche Ausdehnung des landwirtschaftlichen Großbetriebes überhaupt ihre bestimmten Grenzen. Mit einer zu weiten Entfernung der Ackerfelder vom Wirtschaftshof steigen auch die Kosten für ihre Bestellung, die Ausgaben für die Transporte der Materialien, der Aufwand an Arbeitskraft u. s. w., und zwar stellen diese Kosten sich um so höher, je intensiver im Einzelnen die Bewirtschaftung ist. Die Zentralisationstendenz äußert sich deshalb weit weniger darin, den großen Betrieb noch weiter zu vergrößern, als vielmehr in einer Vereinigung verschiedener Güter in einer Hand.

Uebrigens aber sind in der heutigen kapitalistischen Landwirtschaft der Großbetrieb und der Kleinbetrieb aufeinander angewiesen, denn da es unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine nützlichen festen Haushalte auf dem Lande ohne etwas Landwirtschaft geben kann, so ist der Großbetrieb genöthigt, in der Schicht der Kleinbetriebe und deren Nachwuchs vornehmlich die erforderlichen Arbeitskräfte zu suchen, während andererseits die Kleinbetriebe wieder in der Arbeit auf den großen Gütern und in der landwirtschaftlichen Industrie die beste Gelegenheit zum Nebenerwerb finden. Kautsky erblickt denn auch den Fortschritt der Verziehung der älteren landwirtschaftlichen Verhältnisse weit weniger darin, daß der Kleinbäuerliche Grundbesitz gegenüber dem Großbesitz abnimmt, als in der Thatfache, daß der Kleinbesitzer immer mehr gezwungen wird, sich als Arbeiter außerhalb seiner eigenen Wirtschaft einen Nebenerwerb zu suchen, der dann oft zum Haupterwerb wird, kurz, daß er sich in zunehmendem Maße zum Verkauf seiner Arbeitskraft genöthigt sieht, gleich dem städtischen Arbeiter. Nichts ist verkehrter, heißt es S. 183, als anzunehmen, die Erhaltung des Kleinbetriebes bewiese seine Konkurrenzfähigkeit dem Großbetrieb gegenüber. Im Gegentheil. Sie ist vielmehr eine Folge davon, daß er aufhört, ein Konkurrent des letzteren zu sein, daß er aufhört, als Verkäufer jener landwirtschaftlichen Produkte, die der Großbetrieb neben ihm erzeugt, in Betracht zu kommen. Diese Rolle hört er auf zu spielen, wo der kapitalistische Großbetrieb neben ihm sich entwickelt. Da verwandelt er sich aus einem Verkäufer in einen Käufer der Produkte, die der Großbetrieb „im Ueberfluß erzeugt“; die Waare die er selbst im Ueberfluß erzeugt, ist aber gerade jenes Produktionsmittel, dessen der Großbetrieb dringend bedarf, die Waare „Arbeitskraft“. Wo die Dinge so weit gediehen sind, da schließen Großbetrieb und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft einander nicht aus, da bedingen sie einander, wie Kapitalist und Proletariat, da nimmt aber auch der kleine Landwirth immer mehr den Charakter des Letzteren an.

Als weitere Faktoren der Verziehung betrachtet der Verfasser besonders die Abwanderung des Landes durch die Stadt, die Entvölkerung des flachen Landes durch die Flucht der ländlichen Arbeiterbevölkerung in die Städte und Industriezentren, die überfeine Lebensmittelkonturrenz, das Eindringen der Industrie in die Landwirtschaft und die Erziehung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch industrielle Kunstprodukte und Surrogate.

Auf den „Zug in die Städte“, den von den ostelbischen Agrariern in den letzten Jahrzehnten so herzerweichend bejammerten Mangel an ländlichen Arbeitskräften, führt Kautsky auch die eigen-thümliche Erscheinung zurück, daß die von den kleinen Mittelbetrieben zwischen 5-20 Hektar benutzte Fläche in den Jahren von 1882 bis 1895 um 648 000 Hektar gestiegen ist, während die von den kleinen Betrieben unter zwei Hektar benutzte Fläche um 50 177 Hektar abnahm, und ebenso die von den großbäuerlichen Betrieben 20-50 Hektar benutzte Fläche um 62 898 Hektar. Diese kleineren Mittelbetriebe von 5-20 Hektar, sagt Kautsky, gebrauchen meist nur wenig fremde Lohnarbeiter, sie kommen zur Noth mit den in der Familie vorhandenen Arbeitskräften aus (S. 229); sie leiden daher wenig unter der sog. „Leutenoth“, wie die aus fremde Arbeitskräfte angewiesenen größeren Wirtschaften.

Die in den obigen statistischen Zahlen hervortretende Richtung auf Vermehrung des kleinen Mittelbetriebs hat neuerdings auch einigen Sozialisten Veranlassung gegeben, von einer Konkurrenzfähigkeit, wenn nicht gar Ueberlegenheit des Kleinbetriebes zu sprechen. Das ist eine zum mindesten recht vorsehliche Ansichtsbildung, die nur nach der rein äußeren Erscheinung urtheilt. Der von Kautsky angegebene Grund ist thatsächlich die Hauptursache der statistisch festgestellten Bewegung, wenn auch meines Erachtens nicht die einzige. Es kommt hinzu, daß in manchen Gegenden, besonders in der Nähe der größeren Städte und der Industrie-Orte, gerade in den kleineren Mittelbetrieben eine starke

Zunahme des Gemüsebaues stattgefunden hat, für dessen Produkte sich vorerst bei der steigenden Aborptionsfähigkeit der lokalen Märkte leicht Abnah findet, während für die Massenproduktion der großen Güter die Möglichkeit eines völligen Abzuges unter den bestehenden kleinlichen Formen des lokalen Marktverkehrs oft nicht in gleichem Maße vorhanden ist. Entweder hat der Großproduzent bei dem leichten Verderb deartiger Erzeugnisse mit großen Verlusten zu rechnen, oder aber er muß sich einen weiteren Markt suchen und in diesem Falle bleibt leicht beim Zwischenhandel der Hauptprofit hängen.

Das revolutionäre Moment der Landwirtschaft ist also die Industrie; sie bestimmt auch den Gang der landwirtschaftlichen Entwicklung. Wie die Industrie die bäuerlich-hausindustrielle Eigenproduktion vernichtete und den Bauer zum Waarenproduzenten machte, wie sie das Feudalsystem brach, wie sie erst alle jene technischen und wissenschaftlichen Bedingungen geschaffen hat, welche die heutige kapitalistische Landwirtschaft ermöglichen, so entzieht sie nun auch wieder der Landwirtschaft die Bedingungen für einen rein landwirtschaftlichen Betrieb und führt sie zur Vereinigung mit der Industrie. Die moderne Produktionsweise lehrt in den Formen der industriellen Lohnarbeit der Kleinbauern und der landwirtschaftlichen Industrie wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurück: zur Aufhebung der Scheidung von Industrie und Landwirtschaft. In jenen Gegenden aber, die rein landwirtschaftlich bleiben, die, sei es wegen der Unzulänglichkeit ihrer Gebiete oder ihrer Bewohner, dem Eindringen der Industrie verschlossen bleiben, dort geht die Bevölkerung zurück an Zahl, an Kraft, an Intelligenz, an Wohlstand, und mit ihr verarmt der Boden, verkommt der landwirtschaftliche Betrieb. Die reine Landwirtschaft hört in der kapitalistischen Gesellschaft auf, ein Element des Wohlstandes zu bilden. Damit hört aber auch die Möglichkeit für die Bauernschaft auf, wieder auf einen grünen Zweig zu gelangen.

In Konsequenz dieses Untersuchungsergebnisses kommt denn auch Kautsky zur Verwerfung eines jeden besonderen sozialistischen Agrarprogramms, das darauf abzielt, den Bauern als Bauern zu erhalten, d. h. ihn in seiner bäuerlichen Betriebsweise und in seiner Stellung als Grundbesitzer gegen den Fortgang der wirtschaftlichen Entwicklung zu schützen; nur soweit der Kleinbauer zugleich ländlicher Lohnarbeiter ist, könne die Sozialdemokratie sein Interesse verschaffen. Hierzu aber bedürfte es keines besonderen Programms. Ausführlich wendet sich der Verfasser gegen die beliebte Argumentation, die den Kleinbauer als ländliches Gegenstück des städtischen Industriearbeiters hinstellt, und legt in einer die charakteristischen Unterschiede scharf beleuchtenden Vergleichung die verschiedene Stellung dar, die beide im wirtschaftlichen Entwicklungsprozess einnehmen. Aber wenn wir den Bauern auch nicht in seinen Unternehmert-Interessen schützen können, so doch soweit er zugleich Lohnarbeiter ist, und ferner in seiner Eigenschaft als Staatsbürger und Mensch. Als Maßregeln in dieser Hinsicht empfiehlt Kautsky vor allem: Aufhebung der Gefinde-Ordnungen, völlige Koalitionsfreiheit, Verbot der Kinderarbeit, Schutz der Wanderarbeiter, Einführung eines Normal-Arbeitstages, Aufhebung aller aus der Feudalzeit stammenden ländlichen Privilegien (speziell der Fideikommiss-, der Guts- und großen Jagdprivilegien), Erleichterung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses, Durchführung vollster Selbstverwaltung in der Gemeinde, Uebernahme der Schul-, Armen- und Wegekosten auf den Staat, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege u. s. w.

Der Standpunkt, auf den Kautsky sich in seiner Beurtheilung der Vorschläge zum „Bauernschutz“ stellt, ist jener der Marx'schen Entwicklungstheorie. Nicht die Möglichkeit oder propagandistische Wirkung einer Forderung entscheidet über ihre Berechtigung und Zweckmäßigkeit, sondern ob sie sich dem sozialen Entwicklungsprozess einfügt, ob sie mit den erkannten Tendenzen der wirtschaftlichen Bewegung übereinstimmt oder doch ihnen wenigstens nicht widerspricht. Für den, der die Marx'sche Entwicklungstheorie anerkennt, ist dies der einzig richtige Standpunkt. Gewiß ist bei der Aufstellung programm-mäßiger Forderungen auch ihre agitatorische Möglichkeit zu berücksichtigen, aber diese kann nicht ausschließlich maßgebend sein, sie hat an den Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung nothwendig ihre Korrekturen zu finden. Es ist die „Endziel“-Frage, die auch hier wieder hineinzieht; denn im Grunde handelt es sich einfach darum: sollen wir unsere Ziele nach bloßen Rücksichtserwägungen abstellen, oder uns nur solche Ziele stellen, die auf dem Wege zum Endziel liegen, die gewissermaßen nur zu diesem führenden Etappenstationen darstellen?

Und würde denn ein „Bauernschutz“, der die Unternehmert-Interessen des Bauern zu schützen unternimmt, wirklich vom politischen Nutzen sein; würden wir nicht durch ihn das, was wir an Agitationskraft im Süden des Reiches unter der Kleinbäuerlichen Bevölkerung möglicherweise gewinnen, im Nordosten unter der Landarbeiterschaft wieder einbüßen? Kautsky stellt diese Frage nicht. Es ist das im Interesse einer Klärung der Anschauungen sehr zu bedauern, wenn auch zugegeben werden muß, daß dadurch die sachlich-theoretische Erörterung seines Werkes zum Theil auf das rein politische Gebiet herübergezogen worden wäre. Wer da weiß, welcher scharfe Gegenhalt in Mecklenburg, in Pommern, in West- und Ostpreußen zwischen dem eigentlichen Bauernthum und der ländlichen Lohnarbeiterschaft besteht, wird diese Frage kaum verneinen. Für hohe Arbeitslöhne, Aufhebung der Gefinde-Ordnungen, Arbeiter-Koalitionsrecht, Normalarbeitsstag, Kinderbeschäftigung, Ausdehnung der Schulspflicht, Gleichberechtigung des Arbeiters in der Gemeinde dürften dort herzlich wenige Bauern zu haben sein, selbst unter jenem Theil nicht, der keine fremden Arbeitskräfte beschäftigt. Stellen wir aber jene Forderungen zurück, vertieren wir unsere Verbekraft unter der Arbeiterschaft. Vielleicht treten mit der Ausbreitung der sozialistischen Bewegung in jenen Gegenden die dort im gesellschaftlichen Zusammenleben überall zu spürenden Klassengegensätze auch im politischen Leben scharfer hervor und führen dann in den Kreisen der Landarbeiter selbst zur Opposition gegen den Bauernschutz.

Dem Buch eine der üblichen Empfehlungen mit auf den Weg zu geben, halte ich nach der vorliegenden Skizzierung seines Inhalts und in anbetrach der allseitig anerkannten Bedeutung Kautsky's als sozialistischer Theoretiker für überflüssig; es genügt zu sagen, daß unter allen bisher von Kautsky veröffentlichten Schriften das vorliegende Buch zweifellos das bedeutendste ist. Nur auf die außerordentlich klare, präzise Darstellung, die selbst die eindringendsten theoretischen Erörterungen in einer jedem verständlichen Form bietet, möchte ich kurz hinweisen; manche Kapitel können geradezu als Muster einer klar-übersichtlichen, ergatten Darstellung gelten. H. O.

Lokales.

Die Parteigenossen und Genossen des 2. Wahlkreises werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Dienstag im Friedrichstädtischen Kasino, Friedrichstr. 238 (früher Martens) eine Volksversammlung stattfindet, in der Reichstags-Abgeordneter August Bebel unsere wirtschaftlichen und politischen Zustände sprechen wird. Die Vertrauensperson.

Eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen findet am Sonntag Abend 6 1/2 Uhr bei Keller, Kopenstraße 29, statt. Genosse Panow wird über „Volksschule und Junkertum“ einen Vortrag halten. Sodann gemeinsames Beisammensein. Die Vertrauensperson.

Die Verminderung des Berliner Fleischverbrauchs.

die sich für 1897/98 aus dem letzten Jahresbericht über den städtischen Schlachthof ergibt (vergl. „Vorwärts“ 1898, 252), ist dadurch bemerkenswerth, daß sie fast nur in der Verminderung des Verbrauchs einer einzigen Fleischart, nämlich des Schweinefleisches, besteht. Im Jahre 1897/98 (bzw. im Vorjahre 1896/97) wurden, nach den Berechnungen und Schätzungen der Schlachthof-Direktion, verbraucht (in runden Zahlen): Rindfleisch 44 805 000 (42 871 000) Kilogramm, Schweinefleisch 61 464 000 (63 761 000), Kalbfleisch 10 885 000 (12 135 000), Schaafleisch 8 757 000 (8 580 000), Pferdefleisch 1 916 000 (1 696 000), in Pöckeln, Tomaten etc. eingeführtes frisches Fleisch, Salzleisch, Speck, Konserven, Rauchfleisch und Wurst 8 200 000 (8 000 000), sogen. „Kram“, d. h. Köpfe, Häute, Lungen, Lebern u. s. w. 6 137 000 (5 345 000), alle zusammen einen Gesamtverbrauch von 142 164 000

(144 888 000) Kilogramm, — ungerechnet den Verbrauch von Wild, Geflügel und Fischen, über dessen Höhe nichts bekannt ist. Von 1896/97 zu 1897/98 ist also eine Zunahme eingetreten beim Rindfleisch um 1 934 000 Kilogramm, beim Schaafleisch um 177 000 beim Pferdefleisch um 220 000, bei den in Pöckeln u. s. w. eingeführten Fleischwaaren um 200 000, beim „Kram“ um 792 000, dagegen eine Abnahme beim Schweinefleisch um 4 297 000 Kilogramm, beim Kalbfleisch um 1 250 000, folglich im Ganzen eine Abnahme um 2 224 000 Kilogramm. Bergleitet man, wie es die Schlachthofberichte thun, diese Verbrauchsmengen mit der für die Mitte des betreffenden Betriebsjahres berechneten Bevölkerungszahl Berlins, so ergibt sich ein Gesamtverbrauch für 1897/98 von 81,9 Kilogramm pro Kopf (nicht 82,9, wie der letzte Bericht infolge eines Druck- oder Rechenfehlers sagte), für 1896/97 von 84,7 Kilogramm pro Kopf (nicht 84,4, wie es im vorliegenden Bericht heißt,

weil die zu hoch angenommene Bevölkerungszahl zu Grunde gelegt ist. Daß bei Berücksichtigung der ihr Fleisch meist aus Berlin beziehenden Vororte ein noch geringerer Verbrauch pro Kopf herauskäme, wurde schon vor einiger Zeit an dieser Stelle („Vorwärts“ 1898, 261) ausgeführt. Im Einzelnen wurde 1897/98 (bezw. 96/97) pro Kopf der Bevölkerung des betreffenden Jahres verbrannt: Rindfleisch 25,8 (25,2) Kilogramm, Schweinefleisch 35,4 (38,6), Kalbfleisch 6,3 (7,1), Schafffleisch 5,0 (5,0), Pferdefleisch 1,1 (1,0), eingeführte Fleischwaren 4,7 (4,7), „Kram“ 3,6 (3,1) Kilogramm. Es war also die Zunahme pro Kopf beim Rindfleisch 0,6 Kilogramm, beim Schafffleisch kaum merklich, beim Pferdefleisch 0,1, bei den Fleischwaren unbedeutend, beim „Kram“ 0,5, die Abnahme pro Kopf beim Schweinefleisch 3,2 Kilogramm, beim Kalbfleisch 0,8, folglich die Abnahme des Gesamtverbrauchs pro Kopf 2,8 Kilogramm (nicht 1,5 Kilogramm, wie aus den falschen Angaben der letzten Schlachthofberichte zu folgern wäre). Das Schweinefleisch, dessen Verbrauch in letzter Zeit so bedeutend zugenommen ist, ist bekanntlich am meisten von allen Fleischsorten in Preise gestiegen.

**Der gestrige patriotische Festtag** wurde ganz im Stile jener überquellenden Begeisterung begangen, die ja namentlich unsere mehr oder minder deutschen Hoffkrieger so besonders augenfällig ziert. Ueber die Pracht, mit der ein bekannter großer „Namenbazar“, der zufällig stark in der „Deutschen Tageszeitung“ annahm, seine Feste auszuwickeln wollte, wußte dies so sehr auf Erhaltung des Mittelstandes bedachte Blatt schon zwei Tage im Voraus gar Herrliches zu berichten. Und was da gezeigelt wurde, erfüllt sich voll und ganz. Sicher ist anzunehmen, daß die Firmen, die gestern vollauf und sichern haben, ihr Präsentkonto zum mindesten ebenso stark belasten mußten, wie in den Vorjahren.

Einem selbst für Patrioten etwas schmerzlichen Gegenstand zu dieser scheinbar verschwenderischen aber doch sehr profitablen Waarenbausexposition bildeten jene wahrhaft unentwegten Patrioten, die am Vormittag in der zehnten Stunde die mit Ringen und Spiel aufmarschierenden Soldaten begleiteten. Es war eine Hundschäre, und jene Garde, die es sich nicht nehmen läßt, beim militärischen Schauplatz dabei zu sein, sah in ihren dünnen, sadenscheinigen Röcken, in ihrer von Schnaps und Frost fast gefärbten Physiognomie zum Erbarmen elend aus. Wenn die fatten Patrioten einmal dem Vaterland einen Dienst erwiesen wollen, so empfehlen wir ihnen, daß sie ihre hungerigen Gefinnungsgeossen an nationalen Festtagen von der Straße heraufholen und sie in halbwegs ordentliche Kost stecken. Sie würden damit das ängere Ansehen der göttlichen Weltordnung außerordentlich heben.

In Anwesenheit des Ministers Thielen ist der Geburtstag des Kaisers bereits am Donnerstag von den Eisenbahnbeamten stark gefeiert worden. Wie das gemacht wird, weiß man. Ein höherer Beamter hielt die übliche Rede: „Das Fest solle in erster Linie ein Beweis der Treue sein. Er könnte versichern, daß der Kern der Eisenbahner aller Grade im Grunde des Herzens in alter unerschütterlicher Treue zu König und Vaterland, zu Thron und Kirche steht (schöner Beifall), daß sie weit entfernt davon seien, sich etwa Bestrebungen in die Arme zu werfen, die darauf ausgehen, Zucht und Ordnung zu untergraben, die ein geordnetes Staatswesen vernichten müßten. (Weifall.) Das sei auch Ihnen, Herr Minister, heute versichert! Und die Eisenbahntreue ist kein leerer Schall! Im Namen der 55 000 heute Abend vertretene Mitglieder versichern wir es hiermit: mit Entzückung weisen wir jede Zumuthung zurück, uns in unseren Gefühlen der Treue gegen König und Vaterland irre zu machen! (Weifall.) Wir bleiben treu dem Kaiser, dem Reich, unserer staatlichen Ordnung, unserer Disziplin! (Beifall.) Wir wollen uns aber heute gemahnt sein lassen, die Kreise der Befahrenen aufzuklären und zu belehren.“ Da die „Staats-“ „Ztg.“ diese Rede so wiedergibt, muß sie im Text wohl einigermassen stimmen. Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ hatten die Anwesenden auch noch zu sagen: „Wir schlagen drein, wir schlagen drein, wir lassen keinen Feind in unser Land herein. Hurrah!“

In bekannter Manier bewährte sich auch der Patriotismus der vom Reichsbote immer noch arg verschrienen Litzeltal. Sie hatten auch Ursache zur Begeisterung, denn die Abendblätter berichteten: „Eine freie Nacht ist den Berliner Chantanten und Singspielhallen anlässlich des Geburtstages des Kaisers gewährt worden. Die Vergünstigung ist eine allgemeine, zu der es keines besonderen Besuchs bei dem zuständigen Polizeirevier bedarf und die nur in besonderen Ausnahmefällen verlagert wird. In den meisten Spezialitätenlokalen finden eigene „patriotische Veranstaltungen“ statt, in der Regel lebende Bilder der preussischen Geschichte, deren Abschluß eine Apotheose des Hohenzollernhauses bildet. Sowohl die Kellnerinnen, wie die Sängerinnen sind zu Ehren des Tages mit schwarz-weiß-rothen Schärpen geschmückt.“

Der Kaiser hat gestern wieder sehr viele Orden verliehen. Dem Hofrath F. Gaby, der den Monarchen auch auf der Jerusalemfahrt begleitet hat, wurde, so meldet die „Kron-Zeitung“, vom Kaiser persönlich das ihm verdienstvolle Jerusalemkreuz überreicht. — Gaby ist unseres Wissens auch der Erfinder der rechtswirksam nach oben gewinkelten Schnurbärte, die man seit einiger Zeit vielfach zu beobachten Gelegenheit hat.

**Bekämpfung der Kinderarbeit** strebt eine Petition an, welche eine Anzahl von Berliner Frauenvereinen gemeinsam an das Bureau des Preussischen Städtegerichts zu Berlin gerichtet haben. Das Gesuch führt u. a. aus: „Im Durchschnitt werden in Großstädten 14 pCt. der Knaben und 8 pCt. der Mädchen zur Arbeit herangezogen. Es waren nach einem Bericht des Superintendenten Schönberger von je 100 jugendlichen Gefangenen der Strafanstalt Möyensee 70 während der Schulzeit erwerbsfähig. Die amtliche Statistik Charlottenburgs weist nach, daß 340 Knaben und 79 Mädchen in frühesten Morgenstunden (Winter) arbeiten mußten, darunter 115 Kinder von 7 bis 10 Uhr ab und vor 4 Uhr. 31 waren auch nach 10 Uhr noch beschäftigt; 17 wurden der Zwangsverziehung empfohlen. Es würde sich empfehlen, ganz zu verbieten: die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder bei fremden Arbeitgebern in Wirtschaften, als Hausfräulein und bei Schaustellungen, auch im Dienste der Eltern stehend.“ Forderungen, die bekanntlich von der Sozialdemokratie seit Menschengedenken erhoben werden.

**Zur Frage der Verlegung der königlichen Bibliothek** werden nach dem Vorgange der ärztlichen Standesbehörde demnach auch die Vereinigungen der Lehrer hiesiger höherer Lehranstalten Stellung nehmen; sie werden, wie wir hören, auf Anregung des Vereins Berliner Gymnasiallehrer in einer der nächsten Wochen eine Versammlung einberufen, um in derselben eine Petition festzusetzen und zu beschließen, in welcher die Regierung ersucht werden soll, das auch für die gesamte Lehrerschaft Berlins unentbehrliche Institut im Centrum der Stadt zu belassen.

**Die städtische Sparkasse** hat im Vierteljahr Oktober-Dezember 1898 wiederum eine Mehrerhebung von 2 170 647,58 M. zu verzeichnen. Die Einnahmen betragen nämlich 11 685 601,84 M. und die Auszahlungen 9 404 954,26 M. Die Forderung der Interessenten belief sich hiernach Ende Dezember v. J. auf 215 075 500,90 M., welche sich auf 629 088 Bücher vertheilt. Das Gesamtvermögen der Sparkasse betrug zu diesem Zeitpunkte 296 293 216,06 M.

**Posturiosa** tauchen neuerdings nicht selten auf. Als eine Erscheinung, zu der wohl jegliches Verdant fehlt, ist eine Postkarte zu betrachten, die zu der Reise von Berlin nach Weihenstephan nicht weniger als sieben Jahre und zehn Tage gebraucht hat. Die auf unseren Redaktionsstisch geordnete Postkarte ist am 23. September 1891 auf dem Postamt 58 in Berlin abgestempelt worden und nach allerhand Irrfahrten über Frankfurt a. O. und Köpenick glücklich am 4. Oktober 1898 auf dem Postamt Weihenstephan abgestempelt und dort dem Empfänger übergeben worden. Wie es kam, daß dieser Herr, ein am Orte ansässiger Restaurateur, mit solcher Verspätung bedient wurde, bleibt unklar, denn die Adresse war auf der Karte deutlich angegeben. —

In einem anderen Falle, von dem wir Kenntnis erhalten, waren an einem Tage kurz nach Mittag in aller Frühe ein Stadtbrief und am Nachmittag darauf ein Eilbrief an dieselbe Adresse aufgegeben worden. Beide Briefe trafen nun zu gleicher Zeit am nächsten Tage beim Adressaten ein; der erstere mit 24 stündiger Verspätung.

**Massenklagen gegen den Berliner Magistrat** werden demnach von den Angestellten bei der Kanalisation anhängig gemacht werden. Sie sind der Ansicht, daß sie nach § 56 der Städte-Ordnung als Gemeindebeamte zu betrachten sind und demgemäß Anspruch auf lebenslängliche Anstellung haben. Da das neue Bürgerliche Gesetzbuch in Streitigkeiten, die die Anstellungsverhältnisse der Gemeindebeamten betreffen, den gewöhnlichen Rechtsweg nicht kennt, sondern als oberste Instanz das Ober-Verwaltungsgericht vorsieht, wollen jene Angestellten im Hinblick auf die für sie günstigen Entscheidungen der ordentlichen Gerichte in Sachen der Bureau-Hilfsarbeiter die kurze Zeit vor Inkrafttreten des neuen Gesetzbuchs noch benutzen, um sich eventuell vor dem Reichsgerichte die Anerkennung als Gemeindebeamte zu erkämpfen. Es steht daher ein förmlicher Rottenkönig von Prozeßen in Aussicht.

**Dem Winter traut man wenig Kraft zu.** „Die Eisbahn bleibt der Sonne wegen bis 3 Uhr Nachmittags geschlossen“, lautet die Aufschrift eines Plakates, das gestern Vormittag an dem eine künstliche Eisbahn in der Königsgrabenstraße umschließenden Zaun angebracht wurde. Während nämlich in den ersten Vormittagsstunden das am Abend vorher gefrorene und in der Nacht gefrorene Wasser eine ziemlich glatte und feste Eisfläche darbot, begann das Eis unter dem Strahlen der warm und hell schimmernden Mittagssonne etwas zu schmelzen, so daß stellenweise der Sand hervortrat und an Schlittschuhläufern nicht zu denken war. Am Spätnachmittage froren aber die aufgetauten und wieder mit Wasser überflutheten Stellen wieder zu, so daß sich nun Jung und Alt zum ersten Male in diesem Jahre dem schönen Wintervergnügen des Schlittschuhlaufens hingeben konnte.

**Das Ende von Alt-Berlin.** Der Häuserkomplex zwischen Tiergasse, Spandauerstraße und Nikolaitirgasse, insgesamt eine Front von 18 Gebäuden umfassend, ist nunmehr völlig niedergelegt, so daß die Nikolaitirche nach dieser Seite hin zur Zeit frei dasteht. Gegenwärtig wird nun der Abriß der Bauhallen zwischen Nikolaitirgasse und Probststraße vorgenommen, für welche Arbeit eine Frist von vier Wochen gesetzt ist. Anfang April werden die Ausschachtungsarbeiten für die zu errichtenden Tiefenbauten in Angriff genommen, die Fronten nach der Spandauer-, Probststraße und Wolfenmarkt erhalten. Dagegen soll die Nikolaitirgasse als eigentlicher Straßenzug kasirt und überbaut werden, doch bleibt die Gasse in Form einer Durchfahrt dem öffentlichen Verkehr erhalten.

**Mit Morphin** versuchte vorgestern Abend die 22 Jahre alte Krankenpflegerin Julia Komus sich zu vergiften, die vier Jahre lang im Krankenhaus Bethanien und seit dem 15. d. M. in der Privatambulanz von Dr. Karowski in der Potsdamerstr. 28 beschäftigt war. In bedenklichem Zustande wurde sie in ein Krankenhaus gebracht. Die Veranlassung zu dem Selbstmordversuch ist nicht bekannt.

**Verhaftete Taschendiebe.** Ein sehr scharfes Auge hatte gestern vom frühen Morgen an die Kriminalpolizei hinter den Linden auf Taschendiebe, Repper und dergleichen Leute. Bis Mittag lieferte sie schon vier festgenommene allein auf die Wache des 3. Polizeireviers in der Mittelstraße ein. Alle vier sind Taschendiebe. Einer von ihnen hatte schon frühzeitig ein Portemonnaie erbeutet. Im letzten Augenblick aber wurde er zufällig angefohlen, und nun merkte die Dame, der er die Börse aus der Tasche gezogen hatte, das Manöver und ihren Verlust.

**Ein Feuerwerkskörper** ist gestern Abend gegen 10<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr mit heftigem Knall auf dem Hausflur des Hauses Löhnerstraße 23 explodirt. Durch den starken Luftdruck wurde das am ersten Treppenaufgang befindliche Plasterwerk beschädigt. Der Thäter, welcher die Zündschnur des Feuerwerkskörpers angezündet hat, ist noch nicht ermittelt worden.

**Ein grausamer Schmerz** mußte noch am Munde des Grabes die 86 jährige Frau Schille erleben, die in der Bergmannstraße 109 bei ihrem 56 Jahre alten Sohne, dem Omnibuskutscher Schille und seiner 51 jährigen Frau Ida geb. Weidler wohnt. Frau Schille war seit einem halben Jahre nervenleidend. Gestern Morgen empfahl ihr die alte Mutter, die aufgefunden war, um Kaffee zu kochen, nur noch liegen zu bleiben, damit sie sich schone. Als die Greisin eine halbe Stunde später wieder in die Schlafstube kam, sah sie ihre Schwiegertochter am Spiegelhaken hängen. Ein Arzt, den die Nachbarin rief, konnte nichts mehr ausrichten; die Frau war schon todt.

**Große Unterschlagungen** in einem hiesigen Bankhause hat der Handlungsgehilfe Hugo Haupt verübt. Die Summe der von ihm längere Zeit hindurch hinterzogenen Gelder wird auf 96 500 M. geschätzt. Der ungetreue Beamte ist flüchtig; die geschädigte Firma hat jedoch, obwohl er bereits seit einigen Tagen vermißt wurde, erst gestern der Polizei Anzeige erstattet. Es liegt ein besonders großer Vertrauensbruch vor, denn Haupt, welcher jetzt 38 Jahre alt, ist als Lehrling in das Geschäft eingetreten und seit 19 Jahren ununterbrochen in demselben thätig gewesen.

**Ueber das Bürgerliche Gesetzbuch** wird für die Angestellten der Rechtsanwälte eine Serie von Vorlesungen gehalten werden, deren erste am Sonntag Vormittag 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr in der Aula des Friedrich-Realgymnasiums beginnt. Es sind zwei Semester in Aussicht genommen; das erste wird bis etwa Mitte Mai d. J. dauern. Die Vorlesungen veranlassen den Besuchern keine besonderen Kosten, nur zur Deckung der entstehenden Unkosten wird ein winziger Beitrag erhoben werden. Bis jetzt liegen allein aus Berlin 320 Anmeldungen vor. Eintrittskarten sind noch bei Herrn Bureauvorsteher Ohje, Vorstr. 4, zu haben.

**Der wegen Verdachts der Brandstiftung** am letzten Sonntag hier verhaftete Pelzwaarenhändler F. Trunzel ist vom Untersuchungsrichter wieder freigesprochen worden.

**Theater.** Im Schiller-Theater ist die erste Aufführung der Komödie „Die Bürgermeisterwahl“ nunmehr definitiv für Freitag, 3. Februar, festgesetzt. In der heutigen Vorstellung wird Shakespeare's „Othello“ wiederholt. — Die Kunst-Schaubühne (Direktion: Dr. Köppen und Dr. Schmidt) veranlaßt morgen, Sonntag Nachmittags 5 Uhr, in der alten Urania, Anzoblenstr. 57, wieder eine ihrer Schülervorstellungen zu erwünschten Preisen. Dr. R. Brede spricht über die Kunstschätze Rom unter Begleitung von vielen Lichtbildern.

**Ein großer Fabrikbrand** rief gestern, Freitag, Abend um 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, die Feuerwehre nach dem Grundstück Gerichstr. 12/13. Hier liegt auf einem Gelände, das an die Reue Hochstraße, Kolberger- und Wiesenstraße stößt, die Drogenfabrik von J. D. Kiedel. An der Gerichstraße steht auf dem Gartenland ein kleines Förtnerhaus, weiter nach hinten erhebt sich das Cuergebäude, ein 5 Stock hohes, massives Fabrikgebäude. Den rechten Seitenflügel bildet ein ebenso hohes und gleichfalls massives Bauwerk, das die Komptoirräume und die Laboratorien der Chemiker enthält. Links liegen nur niedrige Gebäude mit Stallungen, Lagerkuppen u. dergl. Gegen 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, als die Arbeiter noch in der Fabrik waren, sahen der Förtner des Grundstücks und Arbeiter im vierten Stock aus dem Bodenraum, aus dem die zur Verarbeitung bestimmten Kräuter in Kisten verpackt lagerten, Rauch herausdringen. Die Arbeiter versuchten nach Kräften, das noch im Entstehen begriffene Feuer, von dem man noch nicht wußte, wie es ausgekommen ist, zu löschen. Die Feuerwehre aus der Kantstraße, die zuerst auf der Brandstätte eintraf, ließ sofort den Larntus „Mittelfeuer! Fabrikbrand!“ ergehen, und so erschien dem die Feuerwehre bald in großer Stärke. Im Ganzen trat sie mit fünf Handdruckwagen, drei Dampfsprizen und zwei mechanischen Leitern in Thätigkeit. Da hohe Häuser, die das Gebäude umgeben, in einer größeren Entfernung von dem in Brand gerathenen Gebäude liegen,

so konnte man fast nur von den mechanischen Leitern aus an den Brandherd herankommen. Trotzdem gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Nach zweistündiger Arbeit war es bewältigt und im Wesentlichen abgelöscht. Ein Hühnergehege nach dem Hause Reue Hochstr. 44 ließ sich nicht ganz verhindern; doch ging es dabei mit einer nicht bedeutenden Beschädigung des Dachstuhls ab. Von der Kiedel'schen Fabrik selbst wurden der Dachstuhl und die Bodenlageräume vollständig zerstört. Auch der fünfte Stock brannte zum Theil aus, und das Feuer drang auch noch in den vierten durch. Eine ungeheure Zuschauermenge drängte sich um die Brandstätte.

### Aus den Nachbarorten.

**Rixdorf.** Die hiesige Gemeindevertretung nahm in ihrer letzten Sitzung zunächst einen Kommissionsbericht entgegen, der den Bau einer Turnhalle betraf und beschloß dann, entsprechend dem Antrage der Schulbaukommission, die Turnhalle auf dem Schulgrundstück in der Thomaststraße aufbauen zu lassen. — Die Prinz Handjerystraße soll bei ihrer Einmündung in die Bergstraße verbreitert werden. Einer friedlichen Lösung stehen die zu hohen Forderungen des Besitzers Bänisch entgegen. Es wurde beschloffen, das gezielte Verfahren zu beschreiten und eine Kaufstufelinie festzusetzen, die dem öffentlichen Interesse entspricht. Mit der Regelung des Gehalts der Handarbeits-Lehrerinnen an den Gemeindeschulen wurde nochmals eine Kommission betraut. Die Versammlung sahte hierauf den Beschluß, die Stadtgemeinde Berlin auch für das Rechnungsjahr 1898 zur Beitragsleistung für die Unterhaltung der Rixdorfer Gemeindeschulen anzuhalten und eventuell auf Erfüllung der Forderung zu klagen. Das im Vorjahr eingeleitete Verfahren schwebt noch. — Auf Verlangen der Regierung hat sich der Schulvorstand mit der Frage der Anstellung von Rectoren an den 16 Gemeindeschulen beschäftigt. Bis jetzt ist die Leitung in Händen von einem Rector und 15 Hauptlehrern. Auf Grund umfangreicher Verhandlungen und reiflicher Erwägungen machte der Schulvorstand folgende Vorschläge: Vom 1. April 1899 ab werden zur Leitung der hiesigen Gemeindeschulen nur Männer mit voller Rectorprüfung berufen. Die gegenwärtigen Hauptlehrer behalten die Leitung ihrer Schulen, wenn irgend angingig. Von der Regierung nicht zugelassene Hauptlehrer erhalten ihre Hauptlehrergehalt weiter. Die Schulleiter mit voller Rectorprüfung bekommen das Rectorgehalt von 1600 M. und 600 M. Wohnungsgeld-Zuschuß, die übrigen 1700 M. Gehalt und 500 M. Zuschuß. Reun von ihnen bekommen 200 M. Alterszulage. — Es entspann sich eine längere Debatte darüber. Genosse Kerau beantragte Kommissionsberatung, es wurde jedoch mit 15 gegen 14 Stimmen beschloffen, gleich zu entscheiden. Die Versammlung stimmte den Vorschlägen der Kommission zu, indessen mit der Maßgabe, daß nicht einzelne, sondern sämmtliche bisherigen Schulleiter zu Rectoren berufen werden.

**Die Aufhebung der besonderen Gebühr von 50 M.** für die Benutzung der Fernsprecherverbindungsleitung zwischen Berlin und den Vororten und zwischen anderen benachbarten Orten, stellt ein Schreiben des Staatssekretärs des Reichs-Postamts in Aussicht, das soeben beim Magistrat von Charlottenburg eingegangen ist. Der Magistrat hatte auf Grund eines Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung vor etwa vier Wochen zum zweiten Mal ein Gesuch um Herabsetzung der durch die Anschaffung bedingten höheren Gebühren für den Fernsprecher in den Vororten an den Staatssekretär gerichtet. Das erste derartige Gesuch, welches der Magistrat im vorigen Jahr an den Staatssekretär des Reichs-Postamts gerichtet hatte, war abschlägig beschieden worden. In dem jetzt eingegangenen Schreiben spricht Herr von Boddiloh seine grundsätzliche Geneigtheit zu einer Ermäßigung, wie sie in den Vororten gewünscht wird, aus. Die endgiltige Regelung der Frage will der Staatssekretär jedoch bis zur gesetzlichen Regelung der Fernsprechergebühren aussetzen. In dem Schreiben an den Magistrat wird eine dahingehende Vorlage schon für die allernächste Zeit in Aussicht gestellt. Sie soll schon im Laufe der jetzigen Tagung beim Reichstag eingebracht werden. In Charlottenburg regnet man bereits mit Sicherheit auf die Aufhebung der erhöhten Fernsprechergebühren für die Vororte.

**Heberfall auf ein junges Mädchen.** Nach einer der Presse zuerst aus Posen abgemittelten und mittlerweile hier bestätigten Meldung ist am 12. d. M. ein junges Mädchen, die Tochter des Pastors Friedrichs in Weieritz, auf dem Wege zwischen Schöneberg und Wilmerdorf von einer Frauensperson und zwei Männern zwischen 4 und 5 Uhr Nachmittags angehalten, vergeblich nach Geld durchsucht und mißhandelt worden. Eine amtliche Anzeige wurde jedoch bisher von den Angehörigen der Ueberfallenen nicht erstattet, weil diese sich scherten, die Angelegenheit an die Oeffentlichkeit zu bringen. Die junge Dame, die bei einem Fräulein M. in Wilmerdorf als Gesellschafterin in Stellung war, kehrte von einer Fahrt nach Berlin heim. Sie hatte die Eisenbahn bis Schöneberg benutzt, dachte dann weiter mit der Pferdebahn zu fahren und passierte eine wenig belebte Wegstrecke, als sie das oben erwähnte Abenteuer zu bestehen hatte. Sie kam alsbald verort und unfähig zu sprechen in ihrer Wohnung an; die telegraphisch benachrichtigte Mutter holte die Tochter am 17. d. M. in die Heimath, ohne daß die Sprachstörung bis dahin gewichen war.

**Selbstmord.** Von der Wittve Anie Städt in Rixdorf, deren Mann vor einigen Tagen durch Selbstmord starb, wird uns mitgetheilt, daß die Ursache zu dieser traurigen That nicht in Nahrungsmitteln, sondern in einer Gemüthskrankheit zu suchen sei. Die am Mittwoch von uns gebrachte Nachricht ist also entsprechend zu corrigiren.

**Kanalisation** sollen nun auch die Nachbargemeinden Rowaew und Reuendorf, deren Vertheilung angelehrt wird, erhalten. In der Sitzung der Gemeindevertretung von Reuendorf machte der Vorsteher über das Kanalisationsprojekt folgende Mittheilungen: Die projektierte Kanalisation soll sich auf das ganze Gebiet des Gemeindebezirks Rowawes, im Gemeindebezirk Reuendorf jedoch nur auf die meist bebauten Theile erstrecken. Die noch unbauten Terrains sollen vorläufig aus dem Kanalisationsgebiet herausbleiben, weil sonst die Geschäfte zu theuer werden würde. Die gesammte Anlage für Rowawes und Reuendorf soll 640 500 M. kosten; die jährlichen Betriebskosten nebst Zinsen und Amortisation würden 58 000 M. betragen, wovon auf Reuendorf 83 443 M., auf Rowawes 19 857 M. entfallen würden. Die Versammlung behielt sich eine Beschlußfassung bis nach dem Eingange des Bescheides des Ministers vor.

**Den Klingelbeutel** hat in Rowaew bei Potsdam der wohnsitzliche Rentier Karl Ribbed fortgesetzt beschloffen. Die Angelegenheit hat um so größeres Interesse, als Ribbed Mitglied des Gemeindefürsorge-Rathes war. Als solcher hatte er es mit noch einem Anderen übernommen, Sonntags bei dem Gottesdienste den Klingelbeutel in der Gemeinde Lurisen zu lassen. Schon lange war es angefallen, daß Ribbed stets bedeutend weniger Geld in der Sakristei abliefern als sein Partner, und der Geistliche hatte dieserhalb schon einmal eine derblünte Anspielung gemacht, ohne daß dies etwas geändert hätte. So beschloffen denn kürzlich einige Personen, bestimmte Geldorten in den Klingelbeutel zu werfen und siehe da, sie fehlten bei der Entleerung des Beutels. Auf diese Weise gelang es, den Dieb, der stets auf dem Wege zur Sakristei das Geld entwendete, abzufassen.

**Aus Groß-Lichterfelde** wird berichtet: Auf der Versuchsstrecke der elektrischen Bahn in der Zelloweststraße hieselbst sind ungefähr 600 Meter Kupferdraht abgeschritten und gestohlen worden. Die Oberleitung war schon fertiggestellt. Der Schaden beträgt gegen 600 M.

**Der Versuch, die städtische Polizei in Spandau** zu verstaatlichen, kann schon jetzt als gescheitert angesehen werden. Die mit der Vorbereitung der Angelegenheit beauftragte gemischte Kommission der städtischen Körperschaften hat beschloffen, daß es bet-

der kommunalen Polizeiverwaltung zu verbleiben habe. Von der Kommission, die zehn Mitglieder zählte, stimmten nur drei für die Verstaatlichung; dies waren Mitglieder des Magistrats; die sechs Stadtverordneten und ein Magistratsmitglied erklärten sich gegen die staatliche Polizei. Nach diesem Ergebnis der gemischten Kommission ist nicht zu erwarten, daß das Plenum der Stadtverordneten-Versammlung für die Verstaatlichung stimmen wird.

### Versammlungen.

**Wilmersdorf.** In einer Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins, die am 18. Januar tagte, wurde der Jahresbericht verlesen. Derselbe ergab in Einnahme 162,03 M. und in Ausgabe 75,55 M. Die Mitgliederzahl des Vereins ist im letzten Halbjahr von 80 auf 69 gefallen. Dem Verufe nach setzt sich die Mitgliederzahl nach dem Beruf wie folgt zusammen: 13 Maurer, 8 Arbeiter, 6 Portier, 6 Köpfer, 4 Zimmerer, 3 Tischler, 3 Schlosser, 2 Steinmetze, 2 Schuhmacher, 2 Schreiner, 2 Maler, 1 Hutmacher, 1 Gastwirt, 1 Formner, 1 Anschläger, 1 Instrumentenmacher, 1 Kellner, 1 Bildhauer, 1 Buchdrucker, 1 Buchbinder. Ferner waren 80 Broschüren: „Der Kampf gegen die Arbeiter-Koalitionen“, Material zur „Juchanz-Vorlage“, von Paul Hirsch, unentgeltlich an die Mitglieder verteilt worden. Die nächste Vereinsversammlung findet am 1. Februar bei Büdingenberg, Berlinerstr. 40, statt.

**Sozialdemokratischer Agitationsverein für Stralsund-Franzburg-Nügen.** Sonntag, den 29. Januar, Vormittags 10 Uhr, bei Röscher, Jadenstraße 35/36: Außerordentliche Generalversammlung.

**Elektrotechnischer Gewerbeverein.** Sonnabend, den 28. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, Schillingstr. 36: Außerordentliche Generalversammlung.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 29. Januar, Vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 11 Uhr Vormittags ebenfalls Vortrag des Herrn Wilhelm Böhme: „Nische und das Freidenkertum“. Gasse willkommen.

### Vermischtes.

In der Nähe von Como wurden acht Grenzwächter auf einem Patronenweg im Gebirge von einer Lawine fortgerissen und

etwa 500 Meter tief auf die Fahrstraße herabgestürzt; zwei blieben sofort tot, die anderen sind schwer verwundet.

**Ein Herzog, der sich nützlich machen will.** Der Herzog der Abruzzen, der 24jährige Neffe des Königs von Italien, gedankt im März von Christiana gegen Spitzbergen aufzubrechen und will den Sommer im Franz-Josefsland zubringen. Er hofft, im August 1900 den Nordpol zu erreichen und in zwei bis drei Jahren zurückkehren zu können. Kaufen sähig dem Herzog vor, ihn mit dem Schiffe „Bran“ zu begleiten. Der Herzog erklärte, dieses Anerbieten in Erwägung ziehen zu wollen.

**Einem Offizier, der seine Schneidigkeit berente,** hat es in — Rußland gegeben. Vom 22. Januar wird aus Petersburg geschrieben: Ein hoffnungsvoller Offizier, Alexis Philosophow, hatte vor einigen Tagen einem Soldaten der von ihm befehligten Abteilung wegen eines Disziplinarvergehens eine sehr strenge Rüge erteilt. Als nun der Soldat hierauf mit frechen Worten erwiderte, ließ sich Philosophow von seinem Horn so hinreißeln, daß er den Revolver ergriff und den Soldaten niederstieß. Als bald wurde er jedoch von tiefer Reue über sein That erfaßt und legte auch seinem Leben durch einen Revolvererschuß ein Ende. Philosophow, der erst ein Alter von 23 Jahren erreicht hatte, war ein Sohn des Privatsekretärs der Königin Olga von Griechenland. — Wird dem in Rußland ein Offizier für solche Schneidigkeit etwa anders als mit ein paar Monaten Festungsbüchse bestraft?

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

**Alvin H. 1.** Eine gelehrte Forderung, 2. kann passieren. **Stammisch, Werr.** Es geht einige. **Schweik, P. Z.** Eine Wiederholung ist nur notwendig, wenn der Lehrgang nicht verzieht oder das Lokal gewechselt wird. Die Veröffentlichung erfolgt monatlich; die nächste am Sonnabend, den 4. Februar.

**Schden.** Die Verichtigung ist unvollständig. Wir leuchten sie deshalb ab. **Jülich 19.** Justice, Clerkenwell Green 37 A. London E. C. **Paris.** Die Karte steht Ihnen zur Verfügung, da wir Fragen nicht schriftlich beantworten. 1. Sechs Wochen zum Quartierbesitz. 2. Einmalig. 3. Um dergleichen Dinge kümmern wir uns nicht. — W. S. Es kann

sofort von Neuem gepflastert werden. — **Karpentier.** Wir beantworten Fragen nicht schriftlich. Die Karte steht Ihnen zur Verfügung. 1. Wie lange sind Sie dort in Arbeit? 2. Können Sie sich nach Beantwortung der Frage zu 1. beantworten. 3. Nein. — **W. W. Wobbenrothe.** Nein. — **M. D. Adlershof.** Es läßt sich nicht thun, die fünfte Karte muß vor der Beschließung voll sein. — **G. Grimm.** 1. bis 3. Sie können den Schaden, den Sie tatsächlich gehabt haben, ersetzt verlangen. 4. Nein. 5. Wenn der Dritte, ja. Siehen die Sachen beim Hausbesitzer. Bestehende in den denjenigen gehörigen Klammern, nein. — **Z. 100.** Der Zeitraum reicht aus. Es ist Antrag bei Gericht zu stellen, was der Verfallene seinen letzten Wohnort gehabt hat. — **Bücker 38.** Nachdem mit Einwilligung des Vermieters der Vertrag auf Sie übergegangen ist, hätten Sie selbst dem Vermieter gegenüber die Kündigung aussprechen müssen. Der Vermieter ist also im Recht. — **G. Z.** Ist gültig. — **R. S. 99.** 1. Nein. 2. Nein. 3. Ja, ebenfalls kein Entlassungsgrund. — **G. W. 60.** Unterschied liegt nur in der Dauer der Dienstverpflichtung. — **G. Z. 29.** 1. Ja. 2. Sie können den gefälligen Betrag, abhängig der Entscheidung für die Benutzung, nachfordern. — **C. E. R.** Dagegen läßt sich leider nichts thun. — **H. S.** Ja, ist ansehbar.

### Briefkasten der Expedition.

Ca. Deek. Insekat kostet 2,40 M. und bitten wir um Einzahlung des Betrages.

Witterungsübersicht vom 27. Januar 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinemünde	777	MSW	1	Rebel	-6	Daprun	760	SW	1	bedeckt	-4
Hamburg	778	NO	1	Rebel	-5	Petersburg	760	WSW	2	bedeckt	0
Berlin	777	NO	2	wolkig	-4	Sofia	774	SO	1	bed. bed.	-8
Wiesbaden	771	NO	2	wolkig	-2	Aberdeen	777	WS	2	bed. bed.	0
München	769	D	3	wolkig	-4	Paris	770	NO	2	bedeckt	0
Wien	775	SW	1	bedeckt	-2						

**Wetterprognose für Sonnabend, den 28. Januar 1899.** Gewas wärmer bei mäßigen westlichen Winden und zunehmender Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

## An die Bevölkerung Berlins u. Umgegend.

Montag, den 30. Januar, Abends 8 1/2 Uhr:

## Zwei grosse Volks-Versammlungen für Männer und Frauen

im „Kösliner Hof“, Köslinerstraße Nr. 8 und „Louisenstädtischen Konzerthaus“, Alte Jakobstr. 37.

Tages-Ordnung:

Der Ausstand der Buchdrucker im „Berliner Lokal-Anzeiger“, Herr August Scherl und das Koalitionsrecht.

Die Leser des „Berliner Lokal-Anzeiger“ sowie dessen inserirendes Publikum, namentlich die Besitzer der Waarenhäuser sind ganz besonders eingeladen.

Herr August Scherl, Herr Dr. Sandstein und der Faktor Wolten sind schriftlich zu diesen Versammlungen eingeladen worden.

Einem zahlreichen Erscheinen steht entgegen  
Der Ausschuh der Berliner Gewerkschafts-Kommission. J. A. R. Millarg, Sekretär.

### Orts-Krankenkasse des Zimmerer-Gewerbes zu Berlin.

Gemäß § 60 des Kassensatzes bringen wir hiermit den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die in der Generalversammlung vom 22. November 1898 beschlossene sechste Abänderung des Statuts (Ausdehnung der Unterstützungsdauer auf 52 Wochen) durch die höhere Verwaltungsbehörde genehmigt worden ist.

Die diesbezügliche Abänderung wird den Mitgliedern gemäß § 11 des Statuts ausgehändigt und tritt mit dem 5. Februar 1899 in Kraft.

Der Vorstand. J. Krause, Vorsitzender.

### Sozialdemokratischer Verein für Stralsund-Nummelsburg und Ung.

Sonntag, den 29. Januar 1899:

## General-Versammlung

im Lokal der Wwe. Schonert, Stralsund.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag: „Aus dem Leben Gottfried Kinkel.“ 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom letzten Quartal. 4. Bericht des Bibliothekars. 5. Vereinsangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Neue Mitglieder werden vor der Versammlung angenommen.  
Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
Der Vorstand.

### Achtung, Böttcher Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 29. Januar, Nachmittags 1 1/2 Uhr:

## Oeffentliche Versammlung

bei Nümann, Brunnenstraße Nr. 188.

Tages-Ordnung:  
1. Die soziale Bewegung der Gewerkschaften. 2. Diskussion. 3. Wahl des Vertrauensmannes und Gewerkschaftsdelegierten. 4. Verschiedenes.  
Um rege Beteiligung ersucht.  
Der Vertrauensmann.

## Pelz-Waaren

nur eigenes Fabrikat, 6400\*

## Hüte, Schirme

Otto Gerholdt, Dresdenstr. 9

## Möbel und Polsterwaaren.

Reelle Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. (6870\*)  
Franz Tutzauer, Brunnenstraße 152.

### Zu der Privatklage

des Kommerzienrats Veitner hier, Privatkläger, gegen den Rechtsanwalt Rudolf Klare in Stöglitz, geboren am 14. Mai 1873 in Solingen, evangelisch, Angeklagter, wegen Verleumdung hat das königliche Schöffengericht I zu Berlin am 28. Dezember 1898 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Verleumdung in 2 Fällen zu 50 — fünfzig — Mark Geldstrafe, im Nichtbeitragsfalle zu fünf Tagen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt.

Der entscheidende Teil des Urteils ist binnen 1 Monat nach Rechtskraft an derselben Stelle und mit derselben Schrift wie der zweite infirmierte Artikel in der „Berliner Zeitung“ einzurufen und wird dem Privatkläger die Befugnis ausgesprochen, die Berufung durch Einreichung des entscheidenden Teils des Urteils in einer hiesigen Tageszeitung, deren Ausnahmestück ihm überlassen wird, auf Kosten des Angeklagten bekannt zu machen, binnen 1 Monat nach eingetretener Rechtskraft.

Blatt 3/4 der Nummer 226 vom 16. Mai 1898 und Blatt 3/4 der Nr. 235 vom 22. Mai 1898 der „Berliner Zeitung“ sind in allen Exemplaren, welche sich im Besitze des Verfassers, Druckers, Verlegers, Herausgebers befinden, oder welche öffentlich auslegen einzurufen.

### Arbeiter-Radschauer-Verein „Berlin“.

Sonntag: Tour nach Bernau (Eisenbahn). Abfahrt 1 1/2 Uhr. Drenslauerthor. Nächste Versammlung der Filiale I Donnerstag bei Wille.

### Die Festsäle und der Garten

werden vom 1. April 1899 wieder an Gewerkschaften, Vereine, Theater und Vergnügungs-Bereine unter folgenden Bedingungen zu Festlichkeiten vergeben. Rechtzeitige Meldungen erwartet.  
Julius Wernau, 6022\* Köpenickerstr. 23/24.

### Arbeiter-Radschauer-Verein „Berlin“.

Sonntag: Tour nach Bernau (Eisenbahn). Abfahrt 1 1/2 Uhr. Drenslauerthor. Nächste Versammlung der Filiale I Donnerstag bei Wille.

### Die Festsäle und der Garten

werden vom 1. April 1899 wieder an Gewerkschaften, Vereine, Theater und Vergnügungs-Bereine unter folgenden Bedingungen zu Festlichkeiten vergeben. Rechtzeitige Meldungen erwartet.  
Julius Wernau, 6022\* Köpenickerstr. 23/24.

### Achtung! Vereine.

Zwei Zimmer, 20 u. 40 Personen fassend, empfiehlt Ernst Lier, Alte Jakobstraße 119.

### Zentral-Verband der Konditoren, Pfefferkuchler und verwandten Berufsgenossen.

(Mitgliedschaft Berlin.)  
Sente Sonnabend, den 28. Januar, im Königstadt-Kasino, Alexander- und Holzmartstrassen-Ecke:  
**Zur Feier des VII. Stiftungsfestes**  
Konzert, Theater und Ball.  
Billet 25 Pf. — Tanz für Herren 50 Pf.

Schmeichelnd auf das gediegene reichhaltige Programm, laßt zu zahlreichem Besuch höchlich ein  
**Das Comité.**  
Billet sind noch zu haben bei: G. Schiller, N. Rosenthalerstraße 57, Restaurant; W. Weichenheim, C. Wallstraße 14, Laden; G. Reisch, N. Gassestraße 22, Laden; M. Stürmer, N. Brunnenstraße 27, Laden; W. Sieben, N. Schwebelstraße 243, Laden. 51/1

### Wie kann ich meine Stellung verbessern?

Auf dem Gebiet der Elektrotechnik liegt heute die Zukunft. Tüchtige Elektromonteur, Installateur, Maschinen-, Zeichner werden jederzeit gesucht und erhalten nach Absolvierung unserer Abendkurse durch unsere Vermittlung und Zeugnisse

### Stellung.

### Ein neuer Abend-Kursus

beginnt am 3. Februar er. und dauert 6 Monate. Honorar monatlich 6 Mark. Gründliche, für jeden Baufen verständliche Lehrmethode. Reine Vorkenntnisse nötig. 50 Pf. Arbeiter bekanden die letzte Schlußprüfung. Praktische Ausbildung in den Werkstätten. Bei dem großen Andrang beschränkte man die Anmeldungen, jederzeit, auch Sonntag, im Bureau der

### „Elektra“ (G. m. b. H.)

Schrankestr. 55. I. Lehrwerkstätten für Elektrotechnik, Prinzenstraße 55. I. Man verlange Prospekt mit Stundenplan (gratis)! (Telephon Amt IVa 6009.)

### Kein Laden!

Empfehle mein reichhaltiges Lager in  
Füll- und Seidenhüten,  
Schirmen  
in den neuesten Façons und  
Farben, äußerst billige Preise.

### Richard Klose, Anflamerstr. 41,

zweites Stockwerk von der Brunnenstraße. Eingang vom Hausflur.  
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

### Nonnenberg's Restaur.,

Treptow, Parkstrasse.  
Großer Saal. — Großer Garten.  
Jeden Sonntag: Ball. [1899]  
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten

Empfehle meine drei Restaurants:  
Rübezahl, am Müggelsee,  
Tausendsee, Müggelsee,  
Märchenland, a. d. Dahme,  
zwischen Oranien und Friederichshagen,  
bei Subpartien über die Müggelsee.  
6649\*

### C. Strelehan,

Besitzer des Kaiserhofes Köpenick.  
Neu eröffnet! Mohr's Neu eröffnet!

### Margarine

Markmann, Grannstr. 7.  
Gute Vorzüge.

### Neu-Weijensee, Bäckerei

Wichtig! 24  
ist die  
Bäckerei  
Wichtig! 24  
ist die  
Bäckerei  
Wichtig! 24  
ist die  
Bäckerei

Wichtig! 24  
ist die  
Bäckerei  
Wichtig! 24  
ist die  
Bäckerei

### Sozialdemokratischer Wahlverein f. den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

(Züd-Osten.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse, Zimmerer

## Heinrich Kurz

infolge eines Ban-Anfalls am 23. d. M. verstorben ist.  
Seine letzten Wünsche.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. Januar, Nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Alten Thomastrichhofes (Hermannstraße) aus statt.  
Der Vorstand.

### Zentralverband der Zimmerer

(Hauptstelle Berlin.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zimmerer

## Heinrich Kurz

am Montag, 23. Januar, in Ausübung seines Berufs plötzlich verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Sonntag Nachm. 1 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Alten Thomastrichhofes in Rixdorf, Hermann- und Thomastrichhof-Str., aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bitten  
Der Vorstand. 24/4  
J. A. G. Müller.

Dem Kollegen Reinhard Wanger zu seinem heutigen Beigesesse ein dreimal donnerndes Hoch!  
Die Kollegen aus der Umgegend.

### Materialwaaren-

Geschäft mit Deflations-Niederlage frankfurterhaller (sof. zu verkaufen 200h)  
Leffingstr. 15.

### Barbiergegeschäft,

gangbares, Arbeiterhütchen, Umhänge halb & voll, Kohlringsstr. 31.

Saubere freundl. Schaffn. f. Herrn, (sp. Köchler) 18, v. IV. v. Bergmann.  
Wahl. Schaffn. f. G. (Blumeng.)  
Rauhastr. 27, III. r. [206h]  
Schaffn. Köchlerstr. 32, II. v. Köhler.

### Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!  
Bei der Firma  
Fork, Krenzschmar & Co.  
Barnimstr. 13,  
(Magasin Jannow's Bräde), haben  
säumliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.  
Zuzug fernhalten!  
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter.  
Bei der Firma Carl Lutze  
(Adlershof) haben sämtliche  
Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.  
Zuzug fernhalten!  
Die Ortsverwaltung.

### Aug. Loss,

Siebichenstein-Gasse a. Z.  
Linier, zuverlässige, auf Weip  
Alger Maschinen, wollen sich bei  
bei Riefenstahl, Zump & Comp., Ge  
schäftsdruckfabrik, Holzmarktstr. 67.  
Größe Rammeis auf veränderte  
Daletois verlangt Ermer, Jionskirch  
straße 12, 4 Tr. 2709  
Musikant. Boehmstr. 5, Köchlerstr. 52  
Carion Arbeiterinnen verlangt  
C. Alexander, Schillingstr. 28.  
Holzplättchen auf Damen  
arbeiten sind, sof. lohnende  
dauernde Beschäftig. Emil Riese,  
Leipzigerstr. 72. 284b

### Bessere Kolporteurs und Reisende

erhalten höchste Provisionen bei  
Buchhandlung Schumann, Leipzig, Georgenstr. 36.

### Arbeiterinnen auf best. Sachen

gegen Vorlage v. Proben verl.  
Fischeln u. Mendel,  
Leipzigerstraße 82.

### Stidereifleidchen-

Arbeiterinnen auf best. Sachen  
gegen Vorlage v. Proben verl.  
Fischeln u. Mendel,  
Leipzigerstraße 82.

### Kattkneidchen-

Arbeiterinnen, die große Proben  
liefern können, erhalten gegen  
Vorlage v. Probenarbeit dauernde  
Beschäftigung bei  
Fischeln u. Mendel,  
Leipzigerstr. 82.

### Plättlehrlinge

lernen unentgeltlich u. finden dauernde  
und lohnende Beschäftigung. [285b]  
Leipziger-  
Emil Riese, Straße 72.

### Lebermodellere

für dauernde Beschäftigung sofort  
verlangt  
O. Schellin,  
Wilhelmstraße 55.

Tüchtige Schreiner- u. Arbeiterin  
verlangt Kaffer, Rastanten-Allee 61.  
Wamsells auf Jochen; Kinder-  
mäntel verlangt [301b]  
Jochinke, Brangelstr. 53.  
Kammacher verlangt König u. Co.

### Arbeiterinnen auf best. Sachen

gegen Vorlage v. Proben verl.  
Fischeln u. Mendel,  
Leipzigerstraße 82.

### Arbeiterinnen auf best. Sachen

gegen Vorlage v. Proben verl.  
Fischeln u. Mendel,  
Leipzigerstraße 82.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Sonnabend, 28. Januar.  
Cyperhand. Die Afrkanerin. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Julius Caesar. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches. Gudrun. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reising. Hans Eudelein. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Zaza. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reising. Der Schlafwagen. Kom. trostlos. Vorher: Zum Einsteiger. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Der Sohn der Frau. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Metropol. Die Keinen Michu's. Hierauf: Die Engelsjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Othello, der Mohr von Venetia. Anfang 8 Uhr.  
Westen. Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 Uhr.  
Central. Die Wuppe. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Thalia. Schiddebold's Engel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kulsen. Die berühmte Widerspännige. Anf. 8 Uhr.  
Velle-Ruance. Der Schlagbaum. Anfang 8 Uhr.

Chend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich. Wilhelmshändliches. Dadel Tom's Hütte oder: Sklavensleben in Amerika. Anfang 8 Uhr.  
Alexanderplatz. Berliner Mädel. Anfang 8 Uhr.  
Parodie. Johann Blücher (Schinderhannes), der Häubchauptmann am Rhein. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde“.  
Zuvaldenstrasse 57/58. Täglich Abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.  
Wolke. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.  
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Sonnabend 8 Uhr:  
Othello.  
Sonntag Nachm. 3 Uhr:  
Der Traum ein Leben.  
Abends 8 Uhr:  
Die Leibrente.  
Montag 8 Uhr:  
Othello.

**Inisen-Theater**  
34. Reichsbergerstrasse 34.  
Nachmittags 3 Uhr: Schüler-Vorstellung zu besonders ermäßigten Preisen:  
Maria Stuart.  
Abends 8 Uhr:  
Die berühmte Widerspännige.  
Sonntag Nachm. 3 Uhr:  
Maria Stuart.  
Abends 8 Uhr:  
Neu oder Genie u. Leidenschaft.

**Central-Theater**  
Direktion: José Faronczy.  
Die Wuppe (La Poupée)  
Sperette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordemann und Stürges.  
Musik von G. Kubran.  
Die Wuppen finden nach dem zweiten und dritten Akte statt.  
Morgen und folgende Tage: Die Wuppe (La Poupée).  
Sonntag Nachmittags 3 Uhr zu halben Kassenpreisen: Die Niedermaus.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73.  
Gastspiel Emil Thomas  
Schiddebold's Engel.  
Voll mit Gesang in 4 Akten von H. Mannhild. Musik von demselben.  
Kouplet von Alfred Bender.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

**Opnd-Garl Weij-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Zum 35. Male:  
Witziges Wasser! Novität!  
Der Brandstifter  
Sensationelles Aufführungsgeschäft mit Gesang in 5 Akten (12 Bildern) von G. Montkowski. Musik von G. Hall.  
Anfang 8 Uhr.  
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert.  
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.  
Morgen und folgende Tage: Der Brandstifter.  
Sonntag Nachmittags: Onkel Jonas.

**W. Noack's Theater**  
Brandenstr. 16.  
Geut, Sonnabend, den 28. Januar:  
Wegen  
Privat - Festlichkeit  
keine Vorstellung.

**Urania Apollo-Theater.**  
Taubenstrasse 48/49.  
Im Theater:  
Das Land der Fjorde.  
Im Hörsaal:  
Frau Giselle Seler: Von Mexiko nach Guatemala.  
Invalldenstr. 57/58:  
Tägl. Sternwarte.  
Yvette Guilbert.

**Passage-Panopticum.**  
Im Kaiseraal nur noch wenige Tage:  
Adrienne Gaston.  
Im Völkersaal ständlich:  
40 Krieger des Mahdi.  
Heute 25 Pf. Entree.

**Castan's Panopticum.**  
Die  
SIOUX-INDIANER  
sind da!

**Metropol-Theater.**  
Behrensstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.  
Zum 32. Male:  
Die Keinen Michu's.  
Operette in 3 Akten v. André Messager.  
Hierauf:  
Die Engelsjäger.  
Tanzspiel in 14 Bildern von G. Regel und J. Bauer.  
Morgen und folgende Tage: Die Keinen Michu's und Die Engelsjäger.

**Olympia-Theater**  
Karlstr. (Circus Renz) Karlstr.  
Heute keine Vorstellung, dagegen Abends 10 Uhr:  
II. Gr. Maskenball.  
Morgen: 2 große Vorstellungen. Nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Dornröschen.  
Halbe Preise. 1 Kind frei.  
Abends 8 Uhr:  
Mene Tekel.  
Beginn der  
Spezialitäten-Saison  
am 1. Februar,  
u. A. Gastspiel Joseph  
Strohschneider.

**Circus Renz-Riesen-Tunnel.**  
Direktion: J. M. Hatt.  
Täglich:  
Konzert- u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Sonnabend, den 28. Januar 1899:  
Erster grosser  
karnevalistischer Ulk-Abend  
bestehend in  
Konzert, Spezialitäten-Vorstellung  
und Tanzkränzen.  
Urkommisches Programm.  
Jeder Besucher erhält Kopfbedeckung und Schwärzartikel gratis.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sänger  
(Wesfel, Weiss, Britton, Sieidl, Krone, Nishi, Schneider und Schrader.)  
Sonnabend, zum letzten Male:  
Pepita vor Gericht.  
Sonntag, den 29. Januar:  
Frauen-Emanzipation  
Anfang 8 Uhr.  
Tageskasse von 11-1 Uhr.

**Quarg's Spezialitäten-Theater.**  
Grand Hôtel Alexanderplatz.  
Täglich:  
Cora Pilotti's Wunder u. Räuber-Ritt. — Rodwig Günther. — Amanda und Hans Bellini. — The Mikroskop etc.  
Anfang 8 Uhr. — Sonntags 7 Uhr.  
Avis! Die Fest- und Konzerte des Grand Hôtel Alexanderplatz sind unter konstanten Bedingungen zu Versammlungen, Privat-Festlichkeiten zu vermitteln.

**Apollo-Theater.**  
Direktion E. Waldmann.  
Carola  
Débriège  
Alexia  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonnabend, den 4. Februar 1899:  
Yvette Guilbert.

**Feen-Palast-Theater**  
Burgstr. 22. Burgstr. 22.  
Direktion: Winkler u. Fröbel.  
Sonnabend, den 28. Januar:  
Geschlossen.  
Sonntag und folgende Tage:  
Gr. Theater- und Künstler-Vorstellung.  
Dienstag zum letzten Male:  
Endlich zu Zweien.  
Mittwoch, zum 1. Male:  
Berliner Konfektionseusen.  
Hauptrolle: Direktor Fröbel.  
Neues Künstler-Personal.

**Alcazar-Theater**  
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.  
Direktion: Richard Winkler.  
Ganz neu! Täglich:  
Markthalle VII  
oder: Ein Kostümfest.  
Bürdele von O. Viktor-Roeder.  
Vorher:  
Die Kneippkur.  
Voll von P. Grohmann.  
Auftritt des gesammten neu engagierten Künstler- u. Spezialitäten-Personals.  
Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr.  
Sonntags 6 1/2 Uhr.  
Entree: Sonntags 40 Pf.  
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

**Concerthaus**  
Leipzigerstr. No. 48.  
Heute, Sonnabend:  
Geschlossen.  
Sonntag:  
Heinrich Heine  
und  
Guten Morgen  
Herr Fischer.

**Mähr's Theater**  
Cronenstr. 24.  
Täglich Vorstellung.  
Täglich:  
„Unser Helgoland.“  
Otto Gregora u.  
Auftritt sämtlicher Spezialitäten.  
Sonntags 6 Uhr.  
Vons haben Wochentags Gültigkeit.

**Volks-Theater im Welt-Restaurant**  
Dresdener-Strasse 97.  
Dir.: A. Kollg. Art. Leiter: A. Runge  
Täglich:  
Grosse Gala-Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.  
Novität! Novität!  
Wanuschwänzchen!  
Voll mit Gesang und Tanz von D. Rittus.  
Sensationeller Lacherfolg!  
Neu! Der rasende Roland.  
Sensationeller Lacherfolg!  
Sensationell! Sensationell!  
Klohn Bobby  
mit seinen wunderbar dreif. Hund.  
Sonntags 6 Uhr.  
Anfang: Wochent. 8 Uhr. Endes 11 Uhr.

**CIRCUS BUSCH**  
Sonnabend, 28. Januar 1899,  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Jubiläumsgesellschaft-Vorstellung.  
Zum 75. Male:  
PERSIEN.  
Besonders hervorzuheben: Mit über die hundert Fass hohe Burgmauer.  
Kuhbären: Zum 2. Male: Der arab. Höllethengst „Ridjid“ (vom Schilf-Rohrgeissel a. d. Chott-Dumiel) in kurzer Zeit dreifert und vor dem Publikum ger. durch den berühmten Schulkreiter Burkhardt-Footit. Vale-Duadrille aus der Zeit Friedrich des Großen, geübt von 4 Damen und 4 Herren auf 8 Schulperden. Das mit so großem Beifall aufgenommene Riesen-Potpouri von ca. 30 der besten Orgeln, vorgeführt vom Direktor Busch. Auftreten der berühmtesten Reitskünstler und Reitkinderinnen als auch Klown und Kugler mit ganz neuen Späßen.  
Morgen Sonntag: Zwei große Vorstellungen. Nachmittags 4 und Abends 7 1/2 Uhr: Persien.

**Achtung! „Elektrotechnik“.**  
Am 4. Februar beginnt in den gedumigen, mit elektrischem Bogenschlicht ausgebildeten Öhr- und Zeichnerischen ein neuer Abendkursus für Praktiker zur Ausbildung von Elektromonteuern, Installateuren, Maschinisten und Zeichnern. Vorkenntnisse nicht nötig; Dauer 3 Monate, monatlich 5 Mark; weitere Ausgaben ausgeschlossen.  
Bedeutende Zukunft für Herren aller Berufsweige; leicht-fahliche, verständliche und der Praxis angepaßte Lehrmethode, die erste und älteste in Berlin; feinste Referenzen, vielfache Anerkennungen der Besucher meiner Spezialanstalt, welche einzeln und allein im Stande ist, Herren in 3 Monaten ohne Branchenkenntnis zu den oben angegebenen Berufsständen mit Erfolg auszubilden.  
Der Unterricht wird von drei akademisch gebildeten und gegenwärtig erste Stellungen in der Praxis einnehmenden Elektro-Ingenieuren erteilt. Da es eine unbestrittene Thatsache ist, daß der hochwichtige Beruf der Elektrotechnik in den letzten Jahren einen ungeheuren Aufschwung genommen hat, sich aber gegenwärtig immer noch in der Entwidlung befindet, ist es wohl kein Wunder, daß mancher strebsamer Mann seinen Beruf wechselt, um fernherin sich der Elektrotechnik zu widmen. Das kann er aber nur durch eine genügende Ausbildung erreichen, wie dieselbe in meiner Spezial-Anstalt zur Ausbildung von Praktikern gegeben wird. Am Schluss des Kursums Prüfung und Abgangszeugnis und wird ein jeder zeitliche Absolvent, falls er nicht in unserem eigenen Betriebe angeheilt wird, bei den mit uns in Geschäftsverbindung (nachweislich) stehenden ersten Firmen empfohlen. Die Nachfrage nach gut ausgebildeten Monteuren etc. ist enorm groß und immer noch im Steigen begriffen.  
Anmeldungen baldigst bis Abends 10 Uhr, Sonntags bis 9-12 Uhr im Bureau des

**„Elektron“**  
Inhaber: G. Jackson. Direktor: H. Frank.  
Spezial-Lehranstalt für Elektrotechnik zur Ausbildung von Praktikern.  
Zweigunterabteilung der Westfälischen Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin SW., Alie Jakobstr. 24, nahe Kranienstraße (Jakobshof).  
NB. Man verlange Prospekt und vermeide Verwechslungen.  
Telephon Amt IV, 2042 und 2202.

**Stralau. Wwe. Schonert. Stralau.**  
Restaurant „Neu-Seeland“  
Empfehle meinen 1000 Personen fassenden Saal mit großer Theaterbühne zu Versammlungen und Gesellschaften unter den günstigsten Bedingungen. 4302\*

**Breuer's Ball-Salon „Zur Königsbank“**  
Grosse Frankfurterstr. 117  
empfehle meine Freizeite mit Theaterbühne und Garten zu Versammlungen und zu jeder Privatgesellschaft (bis 1000 Personen). Jeden Sonntag: Grosser Ball. Anfang 4 Uhr. 6583\*

**Gewerkschaften u. Vereine**  
empfehle zu Partien u. Ausflügen meine Salon-Dampfer in jeder Zahl und Größe.  
Konstante Bedingungen. 6502\*

**Hutfabrik-Komptoir Barunistr. 4 u. 5.**  
Herran- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen. 6509\*  
Prima Qualität 1.50 und 2.-  
Die besten Arbeitshüte immer noch 65 Pf.  
Hutfabrik-Komptoir Barunistr. 4 u. 5.

**J. Brünn,**  
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4  
Nach beendetem Inventur gelangen größere Lagerbestände meiner  
**Teppiche**  
Gardinen! Portièren!  
Steppdecken! Tischdecken!  
zu sehr billigen Preisen zum  
Ausverkauf!!  
Butter billiger  
Feine Tafelbutter . . . Pfd. 100 Pf.  
Alfred Grüenthal.  
Rene Hofstr. 1. Köpnickestr. 3.  
Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 131.  
Konstante Zahl. Geb. H. & M. Lewent. Besitzen ohne Anzahl.

Soeben beginnt neuer Jahrgang:  
**IN FREIEN STUNDEN**  
  
ILLUSTRIRTE ROMAN BIBLIOTHEK 3-JÄHRIG HEFT 10-PFENNIG  
**DIE TOCHTER DES SUDENS**  
Zu beziehen durch alle Colporteurs und Speditours.

**Moabiter Gesellschaftshaus,**  
Alt-Moabit 80-81.  
Jeden Mittwoch:  
humoristische Soirée  
**Hippel's Stettiner**  
Quartett- und Humoristen-Ensemble mit wechselndem, höchstinteressantem, urkom. Programm!  
Rachler: Soirée-Tanzkränzen.  
Entree im Vorverkauf 20 Pf., Ref. 40 Pf., Kaffe 30 Pf., Ref. 50 Pf.  
Passo-partouts haben Gültigkeit.  
Jeden Sonntag nur Ball.  
Die Direktion.

**Böhmisches Brauhaus** Landsberger Allee 11/13.  
Unser Bockbier-Ausstoss beginnt  
am Sonnabend, den 28. Januar er. 7820\*  
Ebenso empfehlen wir unser  
Helles und dunkles Tafelbier,  
Gambrinus-Bräu, nach Münchener Art,  
Nepomuk-Bräu, „Pilsener“  
in Fässern und Flaschen, ohne Pfand.  
Telephon-Amt VII 5083 für Bestellungen in Fässern. 6502\*  
do. VII 1670 „ „ in Flaschen.

Neu! Eröffnet! Neu!  
**Bade-Anstalt. Norden**  
Lortzingstr. 33.  
Sobannin, Russisch-Römisch, Dampf-bäder mit Kassage und Padungen, Bannen, Saun, Fichtennadel, Riech-bäder etc. Diefelbe sammt. Kranen-fassen. 7250\*

**Reck und billig**  
kauft man in der Norddeutschen Schuh-fabrik von W. Hirschke, ge-gründet 1872, Zaltigerstr. 13, Gee-Admiralstrasse, am Rottbuser Thor.\*  
**Dr. med. Schaper,**  
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut, Horn, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8  
Schöneberger Ufer 25.  
**Homöopath. Poliklinik:**  
Montag, Mittwoch, Sonnabend 7-8.  
Friedrichstraße 111. I. 1500L\*

**Maskengarderobe**  
von Otto Runge  
Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075  
empfehle den Herren meine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage, Gr. Lager von Karneval-Ausgängen.  
**Cigarren u. Tabake** in bester Qualität und jeder Preislage, empf. Freunden u. Bekannten  
**Martin Wejha,** (Wing-Geschäfte).  
**Stau Werkstat-Anstalt**  
Qual. Maschin-Anzug nur 2.50  
fl. Kasse „ „ 1.50  
Pilotanzüge „ „ 6.50  
Werkstatthaus, P. S. an gestr. 4.-  
Mechaniker-Kittel enorm  
Bildauer-Kittel billig!  
C. Flom & Co., Spezialfabrikation,  
Köpenickerstr. 11. Köln-Laden.  
baur u. Theilzahlung  
billigst. Front,  
surier Allee 110-1  
„Gde Königsbergerstr.“